


Betroffene erinnern sich (17)

Dr. Thomas Neubert



Von der Schulbank ins Gefängnis
Vergeblicher Versuch einer
Kriminalisierung der Jungen Gemeinde 1951

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Vorwort

In Berichten ehemaliger politischer Häftlinge aus den fünfziger Jahren wird immer wieder deutlich, wie groß in der DDR damals der Hunger nach unabhängigen Informationen, nach einer Atmosphäre ohne Bevormundung durch die SED in allen Bereichen des Alltags und der Möglichkeit, die Welt kennen zu lernen, gerade unter Jugendlichen war. Nicht nur Musik, Kino und Mode lockten, sondern auch die Freizügigkeit.

Das „Schlupfloch Berlin“ ermöglichte in diesen Jahren noch den gegenseitigen Austausch und trotz Schwierigkeiten ein direktes Hin und Her über die innerdeutsche Grenze hinweg, welches mit großer Phantasie und unterschiedlicher Risikobereitschaft genutzt wurde. Vielen Menschen kostete dieses Stück Lebensfreude Jahre ihres Lebens, die sie im Gefängnis verbringen mussten, und zusätzlich ihre Gesundheit.

Zu ihnen gehört auch Thomas Neubert, der sich als Jugendlicher in Magdeburg neben der Schule im Bereich der evangelischen Kirche engagierte. Er wurde am 13. August 1951 und damit genau zehn Jahre vor dem Mauerbau mit 17 Jahren verhaftet, weil er von einem Besuch in Westberlin die satirische Zeitung „Tarantel“ mitgebracht hatte. Eigentlich hatte er seinen Bekannten gebeten, diese aus dem Zug von Berlin nach Magdeburg zu werfen; der hatte das jedoch nicht getan. So wurde sie auch anderen und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bekannt.

Herr Neubert lernte neben den Zellen im Keller der Danzstraße 1 in Magdeburg (Sitz der Sowjetischen Militäradministration, dort verhörte auch das MfS) auch das Gefängnis in Magdeburg-Sudenburg kennen, wo schon sein Vater ein paar Jahre früher inhaftiert war, bevor er in sowjetische Speziallager, u. a. nach Buchenwald, kam. Beide sind heute rehabilitiert. Nach über 50 Jahren hat Herr Neubert in diesem Jahr seine Haftorte aufgesucht und dabei festgestellt, dass ihn seine kurz vorher aufgeschriebenen Erinnerungen nicht betrogen haben. Dafür, dass er über sein Erleben berichtet und auch die Geschichte seines Vaters einbezogen hat, sei Herrn Neubert Dank gesagt. Er hat damit u. a. deutlich gemacht, warum viele Menschen auch schon in den frühen Jahren der DDR für immer den Rücken gekehrt haben. Direkt nach seiner Haftentlassung ging er in die Bundesrepublik.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

Von der Schulbank ins Gefängnis.

Vergeblicher Versuch einer Kriminalisierung der Jungen Gemeinde 1951

Wir schreiben das Jahr 1951, sechs Jahre sind nach dem beendeten 2. Weltkrieg vergangen. Die Deutsche Demokratische Republik hatte sich auch in Magdeburg breitgemacht und zeigte auf Schritt und Tritt ihr eintöniges, trauriges Gesicht. Transparente vor den Ruinen, deren Trümmer in der gesamten, völlig zerstörten Innenstadt von den sogenannten Trümmerfrauen beseitigt worden waren. Sie priesen in großen weißen Lettern auf rotem Grund die Errungenschaften des demokratischen Staates, die dieser trotz der im Westen des Landes „hetzenden“ Monopolkapitalisten geschafft habe. Größere landwirtschaftliche Betriebe und fast alle, auch kleinere sonstige Fabriken wurden nach und nach enteignet und in volkswirtschaftliche Betriebe umgewandelt. Im Rahmen der Planwirtschaft, bei der der Staat von oben herab bestimmt, was produziert wird, ging es der Bevölkerung noch immer schlecht. Sie musste nicht hungern, aber einkaufen, was es gerade gab. So konnte es vorkommen, dass eine Büchse Lachsersatz, die Verwandte aus dem Westen in den begehrten und bewunderten Westpaketen geschickt hatten, lange liegen blieb, um sie mit Brötchen und Butter genießen zu können. Als bei uns einmal die Familie feierlich um dem Tische herum saß, um eine solche Büchse zu öffnen, spritzte beim Öffnen derselben ihr verdorbener Inhalt an die Decke. Furchtbare Traurigkeit erfüllte den Raum, in dem eine ganze Familie einem Genuss förmlich entgegengefiebert hatte. – Die ersten HO-Läden (Läden der „Handelsorganisation“, in denen Waren verkauft wurden, die vorher in der DDR nicht zu kaufen waren) waren eröffnet worden, in langen Schlangen kämpfte man stundenlang um eine Rolle Drops, die für DM 5,- zu haben war. Wir alle wussten, dass sie im Westen 10 Pfennige kostete. Aber der Weg in den Westen war an der grünen Grenze zu Ende, nur schwer fand man ihn noch zwischen den Wachhabenden hindurch und nahm allerhand Gefahren auf sich, denn es blieb in der Heimat natürlich nicht verborgen, wenn man beim illegalen Grenzübertritt erwischt wurde. Eine Fahrt nach Westberlin dagegen war leichter. Man stieg, von Magdeburg kommend, in Potsdam in die S-Bahn, unter dem Vorwand, nach Ostberlin zu reisen und konnte unterwegs im freien Westberlin aussteigen. Relativ häufig unternahm man eine solche Reise. Zu viele Kostbarkeiten waren für Westgeld zu erstehen. Neben Lebensmitteln – besonders Fisch – lockten am meisten Schläuche und Mäntel für Fahrräder, die man im Osten einfach nicht bekommen konnte. Wer einen guten Radioapparat hatte, schaltete häufig den RIAS ein, um so Neuigkeiten aus der anderen Hälfte Deutschlands zu hören. In den Schulen, die zu sogenannten Einheitsschulen umorganisiert worden waren, in denen Kinder von Arbeitern und kleinen Bauern vorrangig Bildung erhalten sollten, wurden ältere Lehrkräfte durch linientreue junge ersetzt. In jeder Klasse gab es, wie auch in jedem

Mietshaus, eine sogenannte Friedensecke, in der „fortschrittliche Literatur“ in Form kleiner Heftchen oder Flugblätter gleichsam wie auf einem blauen Altar abgelegt waren. Gleiche Literatur bekam man auch mit auf den Weg in die Häuser, in denen man Propagandamaterial in jedem Haushalt verteilen musste, von der Schule aus verpflichtet und Straße für Straße eingeteilt. Hier mussten wir dann in den Häusern von Tür zu Tür gehen und klingeln, um sogenannte Friedensagitation durchzuführen. Man stellte sich vor, sagte den Anlass des Klingelns und fragte, inwieweit noch Unklarheit über die Friedensziele bestände. Der Zufall wollte es, dass ich bei unserem Zeichenlehrer klingeln musste, den ich in ein Gespräch über den Frieden zog. Artig tauschten wir laut unsere Floskeln aus, wissend, dass wir beide Theater spielten und auch Nachbarn hätten zuhören können. Dann aber wurde er leise, bat mich in die Wohnung rein und erkundigte sich nach meinem Vater, der schon vor mehreren Jahren verhaftet worden war. Doch davon ausführlicher später. Die alten Straßennamen mussten zum Teil weichen, um die neuen Herrschenden durch die Namen ihrer Ziehväter und Vorbilder zu verherrlichen. Und Hennecke, der Vorgeizeaktivist, erhöhte die Erfüllung seiner Norm immer wieder, um seinen Kampf für den Frieden und gegen den Monopolkapitalismus zu unterstreichen. Die FDJ (Freie Deutsche Jugend) warb um Mitglieder. Es kam häufig vor, dass man ihr beitrug, um sich selbst oder gar Mitschüler aus prekären Situationen zu helfen. Ihre Mitglieder waren mit zunehmendem Alter die künftigen Parteigenossen. SPD und KPD hatten sich auf Druck der Regierenden zur sozialistischen Einheitspartei zusammengeschlossen. Die Liberaldemokraten gab es offiziell noch, sie führten aber unter der Vorherrschaft der SED ebenso wie die Christdemokraten ein Schattendasein und konnten keine eigenen Ziele mehr vertreten. Freie Wahlen gab es nicht, es war nur ein Kreuz unter einer Einheitsliste zu machen, die von den Regierenden natürlich in ihrem Sinn und Interesse zusammengestellt worden war. Die Partei hatte immer Recht. Sie wurde durch den fürchterlich sächselnden Ulbricht vertreten, der sich sehr geschickt immer mehr Macht aufbaute. Unter dem Schirm der Partei wurde wiederum der SSD (Staatssicherheitsdienst) aufgebaut, dem im Laufe der Zeit die Kontrolle über alle Bürger zufiel. Insbesondere die Kirche und ihre Organisationen waren diesen neuen Herrschern ein Dorn im Auge. Mindestens ein Gemeindeglied mehr, so wusste man, kam in jeden Gottesdienst, um die Predigten abzu hören.

Es war August, während der Sommerferien gingen die Schüler baden oder entzogen sich durch kleinere Reisen der dauernden Beaufsichtigung durch die Politik. Längst war es Standard geworden, dass mit dem Staat unzufriedene, unbotmäßige Personen möglichst unauffällig überwacht wurden. Wir probierten es in der Großstadt Magdeburg immer wieder aus, ob auch wir zu ihnen gehörten, indem wir auf anfahrende Straßenbahnen sprangen und schau-

ten, wer vielleicht hinter uns noch eilig aufsprang. An diesem Tag war keiner hinter uns aufgesprungen, so ging ich recht ruhig nach Hause.

Zu Hause wartete meine Mutter, die es auf sich genommen hatte, meine Zwillingsschwester und mich die Oberschule besuchen zu lassen, obwohl sie über keinerlei Mittel verfügte. Mein Vater war noch 1944 Soldat geworden und dann als solcher in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten. Nach seiner Entlassung verließ er 1946 die amerikanische Zone, um in die damalige Ostzone zu wechseln, wo in Magdeburg seine Familie lebte. Schon nach vier Wochen wurde er als früherer Lokalredakteur des „Mitteldeutschen“ verhaftet und verschwand damit für lange Zeit von der Bildfläche. Jahrelang konnte man nur hoffen, dass er am Leben sei, denn es drang keine einzige Nachricht von ihm bis zur Familie durch. Unter vertrauten Personen munkelte man, es könne Konzentrationslager geben. Erst als 1949 plötzlich abends traurige Gestalten auf dem Magdeburger Bahnhof den Zügen entstiegen, die aus Richtung Sachsen kamen, alle in armseligen Wollmänteln mit einem Zeitungspaket unter dem Arm, wurde deutlich, dass dieses Munkeln einen wirklich grausamen Hintergrund hatte. Das KZ Buchenwald wurde ein zweites Mal aufgelöst, nachdem in ihm die meisten Gräueltaten der Nazizeit jahrelang weitergeführt wurden und auch wieder tausende Menschen ihr Leben lassen mussten.

Natürlich waren wir jeden Abend am Bahnhof, um diese Leute nach dem Vater zu fragen. Viele andere taten es uns gleich, woran wir merkten, dass unser Schicksal weiter verbreitet war, als wir es ahnen konnten. Was für ein Gefühl, als erstmals ein entlassener Häftling zu mir sagte: „Junge, Dein Vater lebt und wird in den nächsten Tagen entlassen werden. Er hat mir viel geholfen und vielleicht das Leben gerettet, denn er zwang mich, täglich eine bestimmte Zahl an Kilometern zu laufen und zählte dabei jeden meiner Schritte.“ Die Hoffnung auf Vaters Entlassung hatte uns Auftrieb gegeben, bis eines Tages keine Gestalten mehr den Zügen entstiegen, die weiteren Entlassungen offensichtlich gestoppt worden waren. Im Verlaufe der nächsten Wochen wurde deutlich und auch offiziell angekündigt, dass der Rest der „inhaftierten Verbrecher“ nach Waldheim überführt werde, um ihn dann dort in Gerichtsverhandlungen zu verurteilen.

Als ich an diesem Abend des Jahres 1951 zu Hause ankam, wartete meine bewundernswerte, immer optimistische und tatkräftige Mutter – diesmal sehr aufgeregt, weil ihr unbekannte, nicht sympathische Leute am frühen Abend nach mir gefragt hätten. Ob ich mir denn zusammenreimen könne, weshalb man nach mir frage. Sehr schnell war ihr in der Eile erklärt, was es auf sich haben könne und was ich an dieser Stelle etwas eingehender ausführen will.

Seit Jahren war ich Mitglied der Jungen Gemeinde, die als Zeichen ihrer Zusammengehörigkeit das Kreuz auf der Weltkugel am Revers trug. Die Eltern

hatten meine Schwester und mich, ihre Zwillinge, nicht taufen lassen in der Meinung, die Kinder sollten später selbst über die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft entscheiden. Wir hatten das inzwischen längst getan. Mich hatte nach der Einschulung aufs Domgymnasium Magdeburg ein Klassenkamerad mit in den Domchor genommen, in dem ich jahrelang mitsang, vom Sopran über den Alt nach dem Stimmwechsel in den Tenor sinkend. Unsere Mutter war froh, weil sie dadurch immer wusste, wo ich etwa zu finden war, wenn ich nicht pünktlich heimkam. An zwei Abenden pro Woche war Gesamtprobe, einmal Stimmbildung, samstags am Abend eine Vesper und am Sonntag sangen wir morgens im Gottesdienst. Gewissermaßen gleitend wurde ich Konfirmand, der dann vor der Konfirmation auch noch getauft werden musste. Meiner Schwester erging es – ebenfalls als Domchorsängerin – ähnlich. Von der Schule aus wurde ich dann auch mit in die Evangelische Jugend genommen, fand es in den Jungmännerkreisen ansprechend und wurde sogar Leiter einer Jungschar in Magdeburg-Werder. Hier waren Jungen zwischen 10 und 14 Jahren zu betreuen. Dadurch kam ich in sogenannte Mitarbeiterkreise, fuhr mit diesen auf Freizeiten und war so mitten drin in der evangelischen Jugendarbeit. Gefördert wurde diese Mitarbeit auch durch die vielen christlichen Schulkameraden, von denen sich die meisten in der Jugendarbeit engagierten. Aus meiner Klasse wollten fast zehn Schüler Theologie studieren, sechs führten das Studium letztendlich durch. In der Schule wurden täglich morgens Andachten gehalten, sehr zum Zorn der politisch engagierten Schulleitung, die auch das Tragen des Kreuzes auf der Weltkugel innerhalb der Schule verbot. Vorübergehend hatte man sogar den Unterrichtsbeginn der gesamten Schule eine viertel Stunde vorverlegt, ohne die dann ebenfalls eine viertel Stunde vorher beginnenden Andachten stoppen zu können. An den Andachten nahmen etwa 20 bis 40 Schüler teil, abwechselnd war einer für die Durchführung verantwortlich.

Für ein Freizeitheim in Lostau bei Magdeburg, in dem Jugendfreizeiten durchgeführt wurden, waren in Westberlin ganz offiziell Milchpulver und Eipulver abzuholen. Mit einem Freund fuhren wir los. Es waren einige Formalitäten zu erfüllen, so dass auch eine Übernachtung in Berlin erforderlich wurde. Wenn man dann schon Zeit hatte, schnupperte man neugierig in westlichen Zeitungen und Schriften, die nicht gerade DDR-freundlich waren. Einige von ihnen beschlossen wir mitzunehmen. Darunter befanden sich auch einige Exemplare der satirischen Zeitschrift „Tarantel“, die zugegebenermaßen recht scharfe Artikel gegen die DDR enthielten. Alle diese Schriften nahmen wir bei der Rückreise mit auf den Weg. Ich erinnere mich noch heute ganz genau, wir standen im letzten Waggon des Zuges ganz hinten und konnten so hinten auf die Gleise sehen. Mit der Zeit nämlich wurde es mir dann doch mulmig, dass wir diese Zeitungen bei uns hatten, und so bat ich meinen Freund, diese doch

lieber zu vernichten. Er versprach's und richtig sah ich auf den Gleisen Papier flattern, nachdem er auf der Toilette verschwunden war. Nach der obligatorischen Polizeikontrolle, die ohne Beanstandungen verlief, verschwand er aber nochmals auf der Toilette und holte die meisten Zeitungen wieder, die er dort nur bis zum Verschwinden der Vopos deponiert hatte. Ruhigen Gewissens scherzten wir mit Freunden, die wir auf der Reise ganz zufällig im Zug getroffen hatten. Unter ihnen war auch ein Klassenkamerad. Man fuhr einfach des öfteren mal nach Berlin. Viele Leute hatten in Westberlin Verwandte oder Freunde wohnen, die sie besuchten und die auch immer Kleinigkeiten für die Rückreise spendierten. Oft auch waren frühere Bekannte, die aus Magdeburg geflohen waren, in Berlin sesshaft geworden. Kurz vor Magdeburg kam ein Polizist zurück und forderte uns auf, in Magdeburg mit auf die Wache zu kommen, da unsere Papiere – unter anderem der Warenbegleitschein für die Spendenmittel – noch genauer kontrolliert werden müssten. Schnell schoben wir die westlichen Schriftsachen dem Klassenkameraden zu und verbrachten dann fast eine ganze Nacht auf der Wache. Erst als man die Warenbegleitscheine für rechtlich einwandfrei befunden hatte, konnten wir gegen Morgen die Wache verlassen. Als ich am nächsten Tag die Schule betrat, lasen die



Vor der Haft

Klassenkameraden, in Grüppchen stehend, voller Wissbegier in den westlichen Schriften, auch in der ersten großen Pause, bevor ich dann die Schriften wieder einsammeln konnte.

All das hatte ich meiner Mutter in kurzer Zeit erzählt, als es auch schon wieder klingelte und zwei unnahbare, forsch auftretende Männer sich schnell Einlass verschafften. Nach kurzem Frage- und Antwortspiel durchsuchten sie alle Räume, wobei sie besonders bei meinen Büchern verweilten. Offensichtlich fanden sie nicht, was sie suchten und forderten mich auf, für kurze Zeit mitzukommen, um noch einige Kleinigkeiten abzuklären. Meine Mutter rief ängstlich und Unheil ahnend, ich solle doch lieber vom Balkon runterspringen, was aus der dritten Etage natürlich einem Selbstmord gleichgekommen wäre. Sie hatte es einfach im Gefühl,

dass mir nichts Gutes passieren würde und hielt einen Selbstmord in diesem Fall für vernünftiger als eine zu lange dauernde Haft.

In der Nähe unserer Wohnung stand ein grauer BMW jener Sorte, die wir Jugendlichen immer mit begehrlchen Augen angeschaut hatten, weil das normale Volk keine Möglichkeiten hatte, sich solch ein Gefährt anzuschaffen. Wohl war es uns bewusst, dass solche Wagen nur von Bonzen gefahren wurden, so ganz richtig hatten wir es nicht realisiert, dass natürlich auch der SSD mit solchen Wagen unterwegs war. Mit einem solchen ging es nun ab in das mir bisher nicht bekannte Haus des SSD, das gegenüber dem Museum am Ende der Prälatenstraße lag. Inzwischen war dieses Haus vorübergehend Sitz der Volksbank, worauf ich nochmals zurückkommen werde. Hier wurde ich im ersten Stock in ein Erkerzimmer gebracht und in dieser Nacht pausenlos verhört. Manchmal versuchten zwei Personen gleichzeitig, in mich einzudringen. Zumeist gingen sie im Zimmer umher, machten dann zuweilen plötzliche, drohende Bewegungen auf mich zu, waren überfreundlich oder dann auch wieder richtig boshaft, spielten alle Varianten ihres Jobs durch. Von



Magdeburg, Danzstraße 1: Früher Sitz der SMAD. Hier wurde Herr Dr. Neubert von der Staatssicherheit verhört und im Keller inhaftiert. (Foto: Ahrberg)



Magdeburg, Danzstraße 1: Herr Dr. Neubert zeigt auf das Zimmer, in dem er vernommen wurde (Foto: Ahrberg)

Drohungen bis zum gespielten Mitleid mit einem von bösen Menschen verführten Jugendlichen reichten ihre Möglichkeiten. Schnell hatte ich erkannt, dass man von mir ganz offenbar Erkenntnisse erwartete über eine von der Kirche aufgebaute und gesteuerte Untergrundorganisation, denn alle Fragen zielten darauf ab. Hiervon konnte nun wirklich keine Rede sein und der Tatbestand, einige westliche Zeitungen von Berlin nach Magdeburg transportiert und diese hier in Magdeburg anderen zu lesen gegeben zu haben, war in meinen Augen nun nicht gerade so sehr gravierend, dass mir hieraus erheblicher Schaden entstehen könnte, so dachte ich. Deshalb entschloss ich mich dazu, immer nur die Dinge so zu erzählen, wie sie tatsächlich geschehen waren und hatte eigentlich auch kein ungutes Gefühl dabei. Tagsüber war in der Folgezeit bei den fast pausenlosen Verhören zumeist eine etwas unbeholfene Sekretärin zugegen, der die wichtigsten meiner Aussagen immer nochmals diktiert wurden. Bei dem Diktat, dass auf einem Flugblatt gestanden hatte, was des Russen Brot, sei des Deutschen Tod, hatte sie doch etwas Mühe, diese in ihren Augen fürchterliche Aussage zu Papier zu bringen. Natürlich nervten stundenlange Verhöre, bei denen unter anderem auch mit psychischen Mitteln gearbeitet wurde. „Neubert, denk doch an deine arme Mutter, die zu Hause vergeblich auf dich wartet“ und ähnliche Sätze gehörten täglich dazu. Zwischendurch versuchte man durch das Angebot einer Zigarette die Situation zu entschärfen, was einem Nichtraucher natürlich nichts bedeutete. Auch das ständige Rauchen der Fragenden machte mich nicht unruhig. Zu Tätlichkeiten ließen sich diese Herren nie hinreißen, wenn sie auch von Tag zu Tag mehr enttäuscht waren, erkennen zu müssen, in mir nicht ein Glied einer vermuteten Untergrundbewegung zu entlarven.

Am nächsten Morgen wurde ich erstmals in den Keller gebracht, und eine eiserne Luftschutztür mit zwei großen Riegeln schloss sich hinter mir. Vorher hatte ich erkannt, dass es sich um einen langen, geweißten Gang handelte, von dem aus zu beiden Seiten mehrere sogenannte Luftschutztüren abgingen. Nur langsam wurde mir bewusst, dass dieser Kellerraum in der nächsten Zeit meine neue Heimat sein würde. Diese zu beschreiben, ist nun ein Kapitel für sich.

Der Kellerraum, in dem ständig eine nicht sehr helle Lampe kärgliches Licht brachte, war ca. 3x4 Meter groß. In seiner Mitte stand eine mit einem Strohsack belegte Pritsche. Weitere Möbelstücke gab es nicht. Tagsüber durfte man sich nicht auf die Pritsche legen. Gegenüber der eisernen Luftschutztür war in der Höhe ein kleines Kellerfenster, 25x50 cm groß, zu vermuten, das allerdings zugemauert war. Kein Licht drang von hier aus in die Zelle. Oft öffnete sich die Tür nicht, lediglich zu den Mahlzeiten, zum Gang zur Toilette und zum Gang zu den Verhören. In seiner Eintönigkeit versuchte man sich

darauf, die Geräusche hinter der Eisentür im Gang deuten zu lernen. Selten hörte man Schritte, manchmal hörte man auch Stimmen und das Auf- und Zuschließen anderer Zellen. Ab und zu schien ein anderer Häftling mal in seiner Zelle zu schimpfen, zu schreien oder auch sogar zu toben. Die „Betreuer“ waren zumeist schon ältere Vopos, mit denen im Verlauf der sechs Wochen, die ich hier verbrachte, ein doch fast gutes Verhältnis entstand. Ganz offensichtlich hatten sie mit einem noch relativ jungen Inhaftierten einiges Mitleid, was dazu führte, dass sie mir allerlei Extrawürste brieten, von denen ich doch auch gebührend berichten will. Dreimal täglich gab es Nahrung, morgens und abends ein Stück Brot, morgens mit einem Löffel Marmelade, abends mit einem kleinen Stück Margarine und teilweise auch mit ein wenig Wurst. Alles lag auf einem größeren hölzernen Küchentablett schön nebeneinander sortiert für alle hier im Keller befindlichen Häftlinge. Ich war immer erpicht auf einen Kanten, bei dem man das Gefühl hatte, er stille den Hunger besser als Brotscheiben. Die diesbezügliche Frage, ob ich einen Kanten nehmen könnte, wurde dann oft beantwortet mit: „Hab ich doch extra so platziert, Du Dussel!“ Ein andermal öffnete sich nach einem kärglichen Mittagmahl die Zellentür nochmals und der Wachtmeister gab mir eine Tüte Pellkartoffeln. Wieder einige Zeit später brachte er mir mit den Worten, er habe leider kein Salz finden können, eine kleine Tüte mit Zucker. So saß ich den ganzen Nachmittag, pellte mit den Fingern langsam Kartoffel für Kartoffel und tupfte diese in den Zucker. Auch solches kann schmecken, wenn man Hunger hat.

Waschen und Zähneputzen fiel aus, zum Toilettengang musste man klopfen und wurde dann auf eine Toilette geführt, die ziemlich genau gegenüber meiner Zelle lag. Diese hatte die Besonderheit, dass man durch ein größeres Fenster in einen Garten schauen konnte, wenn man sich auf den Rand der Toilette stellte. Schon nach wenigen Tagen Haft glich das einem wirklich großartigem Erlebnis! Man konnte sich nicht satt sehen, nachdem es innerhalb seiner Zelle ja nun wirklich nichts zu betrachten gab. Manchmal ließen mich meine Wächter fast eine Stunde in diesem Raum, was einen Mithäftling dazu bewog, meiner Mutter nach seiner Entlassung zu erzählen, ich hätte es besser als andere Häftlinge gehabt, sei häufig auf der Toilette eingesperrt gewesen und habe dabei in den Garten schauen können, wenn ich auf den Rand der Toilette gestiegen sei. Meine Mutter war zunächst entsetzt, weil sie sich unter dem Einsperren auf einer Toilette kein Glück vorstellen konnte. Natürlich habe ich auch dort auf der Toilette die Möglichkeit genossen, immer mal die Klospülung zu betätigen, Abwechslung, ja fast Lebenselixier für einen, der sonst ganztags in seiner dämmerigen Zelle hockt. Dort gab es natürlich auch nichts zu lesen, keine Nachricht von der Mutter, geschweige denn von einem Anwalt. Zum Glück hatte ich im Laufe der ersten Tage gelernt, abzuschätzen, wann keine Wächter im Kellergang waren. Schien die Luft rein zu sein, ent-

spannen sich dann vorsichtige Gespräche mit anderen Gefangenen, die gleich mir in anderen Zellen untergebracht waren. Es waren etwa rechts und links des Ganges 15 Zellen vorhanden. Mir schräg gegenüber war offensichtlich ein Mann untergebracht, der die Gespräche immer eröffnete und flüsternd fragte: „Hallo, wer bist denn Du?“ Man ließ die Gespräche nicht in die Tiefe gehen und gab vor allem keine Einzelheiten über die Haftgründe preis, fürchtete man doch immer, ein listiger Frager könne ein Spitzel der SSD-Leute im Hause sein, Worte könnten umgedreht und Auskünfte dann gegen einen verwendet werden. Mein Gegenüber erfuhr aber, wo ich wohnte und von ihm erfuhr meine Mutter überhaupt erst, wo ich zur Zeit war. Sie beeilte sich auf ihre mutige Weise, schnell den Domchor zu benachrichtigen, der daraufhin seine Chorproben immer mal in das Pfarrhaus der nahe gelegenen katholischen Kirche verlegte, so dass ich den Chorgesang wirklich manchmal hören konnte. Ich hörte ihn mit Erstaunen, kannte ja in der Zeit noch nicht die damit mir zugeordneten Beweggründe und ahnte nichts von den Schwierigkeiten, die man mit der Umorganisation der Proben auf sich genommen hatte, nur um mir einen Gruß zukommen zu lassen. Diese Möglichkeit war ein kleiner Beweis für die in Magdeburg damals schon funktionierende ökumenische Zusammenarbeit beider Kirchen.

Ich lernte den Tagesablauf kennen, erlebte die furchtbare Eintönigkeit der Haft, die nur fast angenehm durch die Verhöre unterbrochen wurde, bei denen immer wieder dieselben Fragen gestellt wurden, auf die meine Antworten nie variierten. Bald, so hoffte ich, müsste sich dieser Zustand ändern, denn eine Untergrundtätigkeit hatte nie existiert, konnte also auch nicht erfragt werden, wie man doch endlich lernen sollte. Sicherlich war ich bald zu Hause. Auch dachte ich an die Schule, in der ich ja nun schon einige Wochen gefehlt hatte. Als nur mittelmäßiger Schüler würde ich Schwierigkeiten haben, alles wieder aufzuholen.

In unserer Klasse waren wir eine sehr zusammenhaltende Gemeinschaft, die überwiegend gegen das Regime eingestellt war. Lediglich vier „Blauhemden“ gab es, Mitglieder der FDJ also, von denen uns drei harmlos zu sein schienen, einer aber, der sehr um Anerkennung warb, uns als ernsthafter Regimefreund galt, vor dem man sich in Acht nehmen musste. Wenn er sich in der Klasse oder auch auf dem Pausenhof unter uns mischte, stoppten die Gespräche und die ganze Gruppe ging schweigend auseinander, um sich an anderer Stelle des Hofes zu neuen Gesprächen wieder zusammen zu finden, dann wieder von ihm befreit. Wir mühten uns dabei nicht um Heimlichkeit, sondern mieden ihn ganz offensichtlich als Mithörer unserer Gespräche, wenn sie sich um Politik drehten.

Es war fast ein immer wiederkehrendes Ritual.

Meine Gedanken gingen zu den Freunden in der Jungen Gemeinde und im Domchor. Oft habe ich mir Gedanken darüber gemacht, wer mich wohl verraten haben könnte. Wer meiner Klassenkameraden dieses kleine Geschehnis weitergetragen hatte. Ich hoffte, dass meine Mutter und Schwester durch meine Verhaftung nicht in Schwulitäten kommen würden. Die Verhöre wurden mit der Zeit seltener, also würde wohl alles bald wieder gut werden. So ertrug ich nicht hoffnungslos das Einerlei des Tages, tagsüber gehend, stehend oder auf der Pritsche sitzend, ohne etwas zu tun, zu lesen oder gar mit jemandem zu sprechen. Immer deutlicher wurde mir in diesen Tagen, dass dieses Regime, diese Politik mich nie zum Freund oder Anhänger würde gewinnen können, immer deutlicher durch die Verhöre auch, dass die Politik in der Kirche und ihren Aktivitäten einen bedeutsamen Gegner sah, den sie zu bekämpfen hatte, ja dass dieser Kampf schon weiter fortgeschritten war, als man es sich vorgestellt hatte. Weil aber die Kirche in meinem Fall gar nicht richtig beteiligt war, blieb die Hoffnung auf eine baldige Entlassung erhalten.

So gutgläubig noch an Entlassung denkend, landete ich eines Tages wieder in einem BMW. In der Begleitung zweier SSD-Leute versuchte ich während der nun folgenden Fahrt mit meinen Augen Bekannte in den mir bekannten Straßen zu erspähen, hoffte wohl auch, diese könnten mich erblicken. Doch diese kurze Fahrt ging nicht in Richtung der elterlichen Wohnung und endete schon nach wenigen Minuten, wie mir schnell bewusst wurde, nicht zu Hause sondern im Gefängnis in Magdeburg-Sudenburg, in dem sich mir eine völlig neue Welt eröffnete, die im folgenden zu beschreiben ich mir Mühe geben werde.

Nachdem sich mehrere Türen hinter mir schlossen wie immer neue Barrieren, landete ich in diesem großen Hallenbau im Erdgeschoss vor einer Ecktür, hatte mich schweigend neben anderen Männern aufzustellen und ließ meine Blicke vorsichtige schweifen. Es handelte sich um einen typischen Gefängnisbau, in mehreren Etagen zogen sich Galerien an den Wänden eines riesigen Treppenhauses hin, von denen die vielen Zellentüren abgingen. In allen Etagen sah man Häftlinge in gleicher Kleidung laufen, wie sich später herausstellte sogenannte Kalfaktoren, die den Wachhabenden zur Hand gingen und beim Essenausteilen und Kübeln zu helfen haben. Ich gehe darauf später noch ein. Auf einer Treppe bewegte sich gerade im Gänsemarsch eine Gruppe zivil gekleideter Häftlinge nach unten. Man hörte viele Kommandos, deren Sinn ich am ersten Tag nicht verstand. In dem Eckraum, neben dessen Eingangstür ich wartend stand, ging es mit lauten, markigen Kommandorufen lebendig her, auch hier verstand ich den Sinn aller Kommandos nicht, dachte gerade noch: die armen Leute, die hier so angeschrien werden, als mein Nachbar mich anstieß und mir bedeutete, das Schreien gelte mir. Ich trat in den Raum ein, und unter lautem Schreien des Kammerchefs – ich war in der

Kleiderkammer gelandet – musste ich mich nun nackt ausziehen, jeder Teil meines Körpers wurde genauestens untersucht einschließlich aller natürlichen Öffnungen. Nun wurde eine Wolldecke auf der Erde ausgebreitet, in sie flog allerlei Krempel hinein, den ich erst langsam identifizieren konnte. Der Inhalt aller meiner Taschen war ja schon im Hause des SSD weggenommen worden, wurde hier erneut verwahrt, jedenfalls erkannte ich auf dem Tisch einige Dinge, die ich bei meiner Verhaftung in den Hosentaschen mitgeführt hatte. Ich war damals in einer kurzen Lederhose verhaftet worden, die nun auch nochmals genauestens durchsucht wurde. Endlich durfte ich mich wieder anziehen, die Unterkleidung war inzwischen ja schon 6 Wochen alt, sie dürfte heutzutage sofort in den Müll befördert werden, musste mir aber noch viele Wochen gute Dienste leisten. Ich hatte nun die Wolldecke an allen vier Ecken zu greifen, sie wurde zu einem Beutel für meine wenigen Habseligkeiten. Hiermit ging es los, ein Wachtmeister begleitete mich in den 3. Stock. Die Zelle 375 wurde geöffnet, aus ihr hörte ich eine Meldung, schnell war ich mit meinem armseligem Bündel drinnen, wo mich zwei junge Männer empfingen, wie es sich herausstellte, zwei inhaftierte Volkspolizisten. Die Gründe, warum sie eigentlich saßen, verstand ich auch nach Wochen noch nicht so richtig, sicherlich erging es ihnen ähnlich wie mir, waren auch sie nur durch Kleinigkeiten in die Maschinerie der Haft geraten. Es waren, wie mir schien, harmlose Gesellen. Einer war Grenzsoldat gewesen und hatte als solcher ganz offensichtlich nicht den Anforderungen Genüge getan, will heißen, die Grenze nicht ordentlich bewacht, der andere war bei der Bereitschaftspolizei schlecht aufgefallen. Beide waren noch recht jung, um die zwanzig Jahre und träumten gleich mir von der Freiheit. Mit ihnen hatte ich nun eine Zelle mit den Ausmaßen von etwa 2,2 x 4 bis 4,5 Meter zu teilen. An der linken Seite sah ich ein Klappbett mit 3 Strohsäcken darauf, etwa in der Mitte der Wand, rechts hing ein kleiner Wandschrank, der die wenigen eigenen Utensilien aller Bewohner aufnahm. Es waren eine Blechschüssel und ein Esslöffel. Darunter stand ein kleiner Tisch mit drei Schemeln drum herum. Links vor dem Bett zur Tür hin stand der Kübel, das Zimmerklo also, ein Krug mit Wasser zum Waschen und Zähneputzen und eine kleine Waschschüssel. Am Ende der Zelle hoch oben ein kleines Fenster, durch das man nur sehen konnte, wenn man aufs Bett oder auf einen Schemel kletterte, was jedoch verboten war. Sowohl der diensthabende Wachtmeister auf dem Stock kontrollierte unser Verhalten in dieser Beziehung, als auch der Wachtmeister draußen auf dem Wachturm. „Fenster weg“ war der täglich oft erklingende Ruf der dort diensthabenden Wachtmeister. An der Zellentür befand sich ein Spion, durch den man relativ häufig beobachtet wurde. Man sah das daran, dass sich das Loch in der Farbe kurz veränderte, wenn eine draußen auf dem Spion angebrachte Metallklappe zur Seite geschoben wurde. Ärgerlich wurden die Wachtmeister, wenn

man längere Zeit in der Nähe der Tür stand und auf diese Weise mit seinem Kopf den freien Blick in die Zelle störte. Trotz der relativ engmaschigen Bewachung versuchten wir immer wieder, durch das Fenster einen Blick in die Freiheit dort draußen zu erhaschen.

Hier saß man nun den ganzen Tag auf engem Raum mit zwei Fremden zusammen. Man glaubt gar nicht, wie schnell man sich gegenseitig auf die Nerven fallen kann, wie schnell sich Erzählungen wiederholen, wie fürchterlich es ist, andauernd kleine Angewohnheiten, Bewegungen der anderen beobachten zu müssen. Kein Wimpernschlag blieb einem verborgen, kein Wort konnte man überhören. Die Gespräche kreisten ums Essen, wie aus anderen Gefängnissen und Gefangenenlagern bekannt. Die jungen Leute brüsteten sich mit ihren Erlebnissen, die sie mit Frauen gehabt hatten, eine ganz neue Welt tat sich für mich auf, ich reiste dabei auch durch das Rotlichtmilieu so mancher Stadt. Sicherlich war nur ein Teil der mir aufgetischten Geschichten wahr. Ich jedenfalls konnte mit ihnen nicht mithalten und manches gar nicht verstehen.

Es soll nun ein Tagesablauf geschildert werden. Morgens zwischen 6 und 7 Uhr öffnete sich die Zellentür, die drei Insassen mussten stramm stehen und der Älteste hatte zu melden: „Zelle 375, belegt mit drei Mann, keine be-



JVA Magdeburg-Sudenburg – Herr Dr. Neubert im Gespräch mit dem Leiter der JVA im Museum der JVA an einem Modell der Haftanstalt (Foto: Ahrberg)

sonderen Vorkommnisse.“ Die drei Mann standen in Unterhose und Unterhemd, drei Schemel wurden von den Kalfaktoren reingeschoben, auf ihnen ordentlich in Haufen gestapelt die Tageskleidung. Es folgte das „Kübeln“, die Kübel mit Exkrementen und Schmutzwasser wurden geleert. Man wusch sich, wobei pro Person jeweils nur 1 Liter Wasser zur Verfügung stand, weil der Kübel sonst eventuell nicht genügend Platz für Stuhl und Urin bot. Zum Zähneputzen musste entsprechend wenig Wasser reichen. Dann ging die Zellentür wieder auf, man hatte in Reih und Glied mit seiner Blechschüssel zu stehen, die mit einer kaffeeähnlichen Flüssigkeit gefüllt wurde. Jeder bekam eine Portion Brot mit einem Esslöffel Marmelade darauf. Der begehrte Kanten wurde gerecht verteilt, indem ein Schild mit der Aufschrift Kanten außen an der Zellentür befestigt und jeweils weitergehängt wurde, das die letzte Kantenausgabe signalisierte. Bis zum Mittag passierte dann gewöhnlich nichts mehr. Wieder musste man sich mit der Schüssel anstellen, in der in der Regel eine Kelle voll irgendeiner Suppe landete, aber auch mal Kartoffeln, Gemüse und ein kleines Stückchen Fleisch. Wenn draußen in den Essenkübeln etwas übrig blieb, bekam man einen sogenannten Nachschlag, dessen gerechte Vergabe wiederum außen an den Zellentüren ein entsprechendes Schild anzeigte. Dann öffnete sich die Tür erst wieder zum Abendbrot, wieder das Szenario des Stehens an der Tür mit seiner Schüssel, eine Portion Wurst und ein kleiner Würfel Margarine, in die Schüssel etwas Tee und man beschäftigte sich einige Zeit mit dem Essen. Nun kam das Kübeln nochmals an die Reihe, zum Ende des Tages das Ausziehen und ordentliche Stapeln seiner Kleidung auf den Schemeln, nochmals Meldung in Unterhosen, die Schemel wanderten raus, zwei der Strohsäcke wurden im rechten Winkel unter das Klappbett gelegt und die Nachtruhe begann. Ich als Jüngster hatte nie den Vorteil, im Bett nächtigen zu können, weil dieses den Älteren vorbehalten war.

So verging ein Tag nach dem anderen, es reihte sich eine Woche an die andere und es folgten Monate des Wartens, der Hoffnung, des ängstlichen Zweifels und des unendlichen Wartens. Was konnte dieses Einerlei unterbrechen? Diese öde Zeit? Man hatte seine Geschichte und seine Gedanken den zwei Mithäftlingen schon mehrmals erzählt, sie wurden, wie auch die ihrigen nicht spannender. Also schwieg man nach einigen Wochen lieber. Man traute sich nicht, zu politisieren. Zur evangelischen Jugend hatte keiner der Insassen eine Beziehung, die Ansichten waren oft sehr unterschiedlich, kam man einfach auch aus ganz unterschiedlichen Erziehungs- und Problemkreisen hier in den Zellen zusammen. Streit versuchte man zu vermeiden. Lediglich mit dem Studenten aus dem Bergbau ergaben sich auch beiderseits interessante Gespräche. Der Student mit den roten Haaren schwieg meistens, er war wohl zu besorgt um seine Zukunft, hatte auch schon einige Haftzeiten,

unter anderem in dem berüchtigten „Roten Ochsen“ in Halle hinter sich. Da konnte ich nicht mehr mithalten, aber es entwickelte sich in mir so ein Gemisch aus Mitleid und Achtung für ihn.

Bedauernswert der ältere Herr, der in unsere Zelle verlegt wurde, als einer der Vopos rauskam. Im Krieg hatte er ein Bein durch Oberschenkelamputation verloren, er hatte einen Kiosk in Oschersleben (?) besessen. Quälte sich nachts auf einem Bein herum, weil er seine Prothese in der Nacht abgeben musste. Stundenlang verbrachte er auf dem Kübel, oft ohne Erfolg. Wir erlebten, erlitten und rochen mit. Er durfte wenigstens im Klappbett nächtigen.

Keine Nachricht von zu Hause, weder durfte ich anfangs schreiben, noch Post empfangen. Erst nach Monaten gab es Lektüre. Etwa alle 14 Tage ein Buch mit linientreuem Text. Eine Zeit lang konnte wir die „Tägliche Rundschau“ lesen, nachdem die Anzeigentexte entfernt worden waren, in der Angst, hier könnten verschlüsselte Nachrichten in die Haftanstalt eingeschleust werden. Das waren ja dann schon fast goldene Zeiten. Das Zeitungspapier, das als Klopapier dienen sollte, war vorher ebenfalls intensiv auf eventuelle Botschaften ins Gefängnis hinein abgesucht worden.

Nach einigen Wochen ging die Zellentür auf, es wurde meine Trainingshose hereingegeben. Meine Mutter hatte dies über einen linientreuen Studienrat geschafft, der mich irgendwie mochte und mir mal gesagt hatte, wenn mir etwas passieren würde, würde er sich für mich einsetzen. So wurde die Lederhose, die ich bei der Verhaftung trug gegen eine Trainingshose ausgetauscht, in der Hoffnung, sie würde mir mehr Wärme geben. Natürlich waren die Gummis aus dem Bund und den Beinenden entfernt worden. So hatte ich nun täglich die Mühe, von der Mutter nicht vermutet, die Hose mit langsam erlernten Knoten einigermaßen festzubinden. Bei Bewegungen musste ich sie dann doch immer mit mindestens einer Hand festhalten. Lediglich beim Gang zum Duschen, alle 10–14 Tage, kam mir diese Hose sehr zugute, was ich jetzt etwas ausführlicher erzählen will.

Nach dem lauten Ruf: „Siebente [Station] fertigmachen zum Duschen“, griff man zu Seife und Handtuch und zog sich schon einmal die nicht unbedingt notwendigen Kleidungsstücke aus, damit man die restlichen Kleider möglichst schnell im Umkleideraum loskriegte, galt es doch, in eine sogenannte Doppel-dusche reinzukommen, in der leise Gespräche mit einem anderen möglich waren. Von diesen Duschen gab es 2, sonst etwa 15 Einzelduschen. Man kam also in den Umkleideraum hinein, ließ schnell alle Hüllen fallen, ich brauchte die Trainingshose nur loszulassen und die Jacke wegwerfen, und rannte in die Dusche. Hierbei waren die älteren Leute natürlich sehr benachteiligt. Wenn zum Beispiel der Beinamputierte seine Prothese abgeschnallt hatte und in die Dusche hüpfen wollte, rief schon eine laute Stimme: „Duschen abstellen!“.

Ich glaube, er war in den Monaten kaum je in die Dusche gekommen, zumindest hier nur sehr selten nass geworden. Soviel zu den Vorteilen einer Trainingshose ohne Gummi.

Viel hatte ich, in einer normalen bürgerlichen Familie aufgewachsen, Neues erfahren, war durch die Puffs in den Großstädten geführt worden, hatte erfahren, dass ein Geschlechtsverkehr für Grenzsoldaten auch durch den Grenzzaun möglich gewesen sei und konnte in den ersten Tagen nicht auf den Kübel für den Stuhlgang, weil ich so etwas bisher noch nie in Gegenwart der Familie hatte machen müssen, geschweige denn in Gegenwart fremder Menschen. Und wie grausam war es, auf engstem Raum anderen dabei zugucken zu müssen, die Gerüche waren auch mit einem Stück Seife vor der Nase oft unerträglich. Nie hatte ich es bisher erlebt, dass man auch fast eine Stunde zu sitzen hatte, bis man sein Geschäft erledigen konnte. Auch dass man monatelang in derselben Wäsche leben kann, sich täglich mit einem Liter Wasser sauber halten sollte, es waren Verhältnisse, die mich noch heute erschauern lassen.

Eines Tages wieder eine wundersame Überraschung, wir bekamen jeder einen Bleistift von etwa 1 cm Länge und ein DIN-A-5-Blatt, einem Feldpostbrief gleichend, und durften 15 Zeilen schreiben. Natürlich keine Einzelheiten über die Haft und ihre Bedingungen, auch nicht über die Mithäftlinge. Das Herz hüpfte trotzdem und ich versicherte meiner Mutter im Brief, dass es mir gut gehe und dass ich auf ein Ende dieser Zeit hoffe. Wir konnten auch mitteilen, dass wir künftig monatlich ein 6-Pfund-Paket empfangen durften und an welchen Dingen uns dabei gelegen sei. Einmal satt essen, hatte jeder im Sinn und dazu gehörte ein Brot. Fett und Wurst, vielleicht etwas Käse, vielleicht auch etwas Süßes. Es vergingen einige Wochen des bangen Wartens, bis ein Brief von meiner Mutter kam, sie hatte sogar ein DIN-A-4-Format benutzen können und erzählte von zu Hause und schickte auch Grüße von vielen Bekannten, die mir am Herzen lagen. Diesen Brief habe ich wohl tausendmal gelesen, er verhiess Hoffnung, gab neue Impulse für das weitere Durchhalten. Ein kleiner Brief mit unheimlichem Gewicht, er öffnete gleichsam die Gefängnistüren einen Spalt!

Und wieder Wochen später hieß es, Neubert, fertigmachen zum Paketempfang. Es war in der Adventszeit, ich werde es nie vergessen. Man hatte seine Schüssel und sein Handtuch mitzunehmen. Im Erdgeschoss stellte man sich neben anderen Paketempfängern in eine Reihe. Einzeln durfte man sodann eintreten. Hinter einem großen Tisch stand ein Wachtmeister, öffnete das Paket der Mutter, jedes Teil vom Munde abgespart, denn gut ging es den Menschen ja draußen auch noch nicht. Immerhin hatten wir den Vorteil, ab und zu ein Paket aus dem Westen zu bekommen, von entfernten Verwandten mit lecke-

ren Dingen bestückt. Der obenauf liegende Tannenzweig wurde achtlos in eine Ecke geschmissen. Das Stück Margarine mit großen Messern noch im Papier in mindestens 8 Teile zerschnitten, der Wurst und dem Käse ging es gleich. Ein Pfund Zucker? Aus der Tüte raus über Fett, Käse und Wurst in die Schüssel geschüttet. Auch das Brot in viele Teile zerschnitten. Es hätten ja in allen Lebensmitteln Mordinstrumente, Feilen oder Briefe sein können. Solcherlei Schikanen schmälerten natürlich die riesengroße Freude, trotzdem kehrte man mit glänzenden Augen auf die Zelle zurück, wurde dort auch voller Spannung erwartet. Jeder Gang außerhalb der Zelle war ja auch immer eine Möglichkeit, irgendeine, wenn auch noch so kleine, Neuigkeit zu erspähen oder gar zu erfahren. Man hatte seine Lebensmittel noch nicht einmal den Mithäftlingen in Ruhe zeigen können, dann schrie auch schon draußen der Wachtmeister: „Fertigmachen zum Abendessen!“ Die Schüssel hatte man nicht so schnell wieder zur Verfügung, in ihr war noch Paketinhalt, also konnte man an diesem Tag die normale Ration nicht vollständig empfangen. Mit den Zellkameraden hatte man sich schließlich geeinigt, den Inhalt des Paketes noch am Abend zu essen, damit man am nächsten Morgen die normale Ration auch wieder empfangen konnte. So versuchte man, den Zucker von dem Fett, dem Käse und der Wurst zu trennen, aß, bis alles verdrückt war und man fast Bauchschmerzen hatte, war aber endlich einmal satt!

Wieso hatte man das Bedürfnis? Es gab einfach viel zu wenig zu essen, die Portionen waren zu klein, die Qualität minderwertig, von Abwechslung ganz zu schweigen. Oft legte man sich abends hungrig hin, wenn man nicht gerade das Glück eines Nachschlages gehabt hatte. Ich erinnere mich zweier Tage, an denen es mittags durch den ganzen Bau aus jeder Zelle schallte: „H u n g e r !“ An dem einen Tag gab es daraufhin eine Portion Rote Beete, als die Zellentüren sich außerplanmäßig nochmals öffneten, an dem anderen Tag bekam jeder eine rohe Zwiebel. Ich kann es heute noch nicht fassen, dass damit das Hungergeschrei beendet werden konnte. Wir saßen am Tisch und jeder von uns hatte eine Zwiebel in der Hand, und wir aßen diese, als sei es ein Apfel. Wenn man meine bisherige kindliche Abneigung gegen Zwiebeln bedenkt, kann man unseren Hunger vielleicht noch etwas mehr nachempfinden. Am nächsten Morgen war dann die Schüssel wieder frei zum Empfang des Frühstücks.

In jeder Zelle gab es einen Knopf, durch dessen Betätigung draußen vor der Tür eine Klappe herausfiel, so dass die Wachtmeister sehen konnten, dass in der Zelle irgendetwas los war, jemand etwas will. Sie konnte man auch rauslassen, wenn von den Wachtmeistern schreiend irgendwelche Wünsche erfragt wurden. Man hörte die Klappen draußen fallen und konnte daran in etwa ermessen, wie viele Zellen ihre Klappen hatten rausfallen lassen. So wurde

einmal in der dunklen Vorweihnachtszeit draußen gebrüllt: „Wer zum Gottesdienst gehen möchte, Klappe raus.“ Wenn es sicherlich auch nur wenige waren, denen ein Gottesdienstbesuch am Herzen lag, rasselten draußen die Klappen nur so, war es ja doch allein schon eine Abwechslung, mal aus der Zelle rauszukommen. Wenig später hörten wir, wie alle Klappen wieder reingeklinkt wurden, ich glaube gar nicht, dass überhaupt ein Gottesdienst stattgefunden hat. Einen Seelsorger gab es für Untersuchungshäftlinge auch nicht, jedenfalls hat in den 9 Monaten keiner einen Kontakt mit mir aufgenommen. Mit der Klappe konnte man sich auch zum Arzt melden. So nach einigen Monaten bekam ich eine Erkältung, wie ich meinte. Der Husten und auch das Fieber ließen einfach nicht nach, wurden im Gegenteil immer schlimmer, so dass schließlich ein Arztbesuch erforderlich wurde, was auch die Wachtmeister für gut hielten. Ich gehe später nochmals kurz auf den Arzt ein.

Die sogenannte Freistunde war der Glanzpunkt eines jeden Tages, wenn sie auch nicht regelmäßig durchgeführt wurde. Oft fiel sie aus, wahrscheinlich hatte dann ein benötigter zweiter Wachtmeister keine Zeit zum Mitmachen. Doch jedes Mal freuten wir uns, wenn draußen der laute Ruf erschall: „Sieben-te, fertigmachen zur Freistunde!“ Danach wurden die Zellen der Reihe nach aufgeschlossen, dann wiederum der Reihe nach entriegelt. Schließlich kam der Befehl zum Raustreten. Da standen sie nun, die Bewohner aller nebeneinanderliegenden Zellen in Reih und Glied, Männer jeden Alters, doch im ganzen mehr junge als alte. Mit Neugier sah man dann Neuankömmlinge anderer Zellen und vermisste altgewohnte Gesichter derer, die nicht mehr in den nahen Zellen lagen, verlegt oder gar entlassen waren. Links um und dann die Treppen hinunter, natürlich schweigend und die Arme auf dem Rücken verschränkt. Im Erdgeschoss gab es nochmals einen Halt, dann öffnete sich die Tür zum Hof, auf den man rauszutreten hatte. War er 120 m x 120 m groß? Ich kann es im nachhinein nur schätzen. Fast im Gleichschritt und im Abstand von ca. 2 Metern ging nun das Laufen los, immer im Kreis herum. Die Alten und Gebrechlichen konnten in einen kleinen Mittelkreis gehen, in dem man langsamer laufen konnte. Dieser Kreis war begehrt, und es wurde auch von Gesunden angestrebt, dort zu laufen. Auf diese Weise konnte man versuchen, das eine oder andere Wort mit jemanden aus einer anderen Zelle zu wechseln. Wenn einer der drei Zellinsassen im kleinen Kreis ging, hatte jeder der drei Kontakt zu einem Insassen einer Nebenzelle. Schnell lernte man es, ein paar Worte zu murmeln, ohne den Mund zu bewegen, denn auf zwei Seiten des quadratischen Hofes passte jeweils von einem erhöhten Podest je ein Wachtmeister auf, dass nicht gesprochen wurde. Auf dem nördlichen Dach wachte darüber hinaus noch ein mit einem Maschinengewehr bewaffneter Volkspolizist, dieses im Anschlag haltend. Manchmal heulten die

Sirenen und es gab eine Alarmübung, was bedeutete, dass alle Häftlinge an der diesem Polizisten gegenüberliegenden Wand Aufstellung nehmen mussten. Es war keine so sehr schöne Vorstellung, dieser hätte dann eben mal abgedrückt, was keine größere Mühe gewesen wäre. So war es nicht einfach, auch nur kürzeste Nachrichten miteinander auszutauschen, immer unterbrochen von den Kommandos: „Ruhe“ oder auch „Maul zu!“ Trotzdem lag einem sehr an dieser Möglichkeit, sich zu bewegen. Abwechslung war dann dabei, dass der ganze Gefangenentrupp auf Geheiß des einen Wachtmeisters kehrzumachen hatte und man daraufhin in die entgegengesetzte Richtung zu laufen hatte, statt rechts- linksherum. Wurde man beim Sprechen erwischt, drohte Arrest, über den ich später noch berichten werde. Nach etwa einer viertel Stunde war dann die Bewegung zu Ende und es ging zurück in die Zellen, in denen dann bei ausgeklügeltem System ein Weiterlaufen möglich war, jeweils sieben Schritte in beide Richtungen. Wenn alle drei laufen wollten, war es fast schon eine Kunst, aneinander vorbei zu kommen. Viele Kilometer wurden auf diese Weise zurückgelegt, immer bedurfte es dazu großer Willensanstrengung und immer neuer Aufmunterungen der Zellkameraden. Die Trägheit und so manche depressive Phase luden zum Faulenzen ein.

Die Wächter hatten einen Zellschlüssel, der im rechten Winkel mit einem zweiten Schlüssel gestellt werden konnte. Indem sie flink den Schlüssel ins Schlüsselloch reinschoben und mit einem Finger die Drehung vollzogen, konnten sie die Zellen blitzschnell aufschließen. Sie machten sich auch einen Spaß daraus, plötzlich vor einem zu stehen. Auf diese Weise konnte man dann schon einmal erwischt werden, wenn man zum Beispiel unerlaubterweise auf einen Schemel gestiegen war und zum Fenster rausschaute. Dabei war eigentlich gar nicht viel zu sehen. Der Blick ging auf die Sudenburger Wuhne, in der einige Häftlinge schon ihre Angehörigen spazierengehenderweise erblickt hätten. Diese hätten auch mal ihre Kinder auf den Arm genommen, um sie dem einsitzenden Vater besser präsentieren zu können. Meine unerlaubten Blicke erhaschten immer nur einen Kohlenhändler, der seine Kohlenberge gegenüber dem Haftbau unentwegt mit Wasser bespritzte. Offensichtlich nützte ihm dieses beim Wiegen, weil die Kohlen dadurch schwerer wurden und so einen besseren Erlös ergaben.

Einmal ging die Zellentür auf und es hieß, ich habe Besuch. In einem kleinen Raum stand der Länge nach ein etwa 3 ½ Meter langer Tisch, in dessen Mitte aus Holz ein etwa 20 cm hohes Brett befestigt war. An den Längsseiten standen je ein Stuhl, meiner Erinnerung nach saß an der Seite der Polizist, der dem Gespräch zuhörte. Es war meine Mutter, die nach Monaten der Trennung da plötzlich 3 ½ Meter entfernt von mir saß. Sorgenvolle Falten prägten ihr schmales Gesicht, der Sohn und der Ehemann waren gleichzeitig in Haft.

Wer wollte und sollte nun wem Mut machen, wobei man im Gespräch ja nur harmlose Dinge erzählen durfte. Nichts von dem Hunger und der bedrückenden Öde in den Zellen durfte man erzählen, nicht seinen Gedanken über das grenzenlose Unrecht freien Lauf lassen. Und doch brachte der Besuch einen Hoffnungsschimmer, ließ die bohrende Sehnsucht nach Freiheit wachsen und zugleich nährte er auch die leise Hoffnung auf eine Entlassung.

Es sollte nun bald der Prozess gegen mich beginnen, und eigentlich hoffte man doch sehr, dass dieser Prozess angesichts der Kleinigkeiten, die einem vorgeworfen werden konnten, das Ende der Haft bedeuten könnte. Am gleichen Tisch saß mir wenig später ein Rechtsanwalt gegenüber, der – von der Kirche gestellt – mir auf der einen Seite nochmals Hoffnung machte, ohne jedoch zu verschweigen, dass man den Ausgang einfach nicht übersehen und abschätzen konnte. Er ließ sich von mir die ganze Angelegenheit nochmals erklären, brachte Grüße nicht nur von Mutter und Schwester mit, sondern auch von den Mitgliedern der Kirchenleitung in Magdeburg, die sich meines Falles angenommen hatten. Sie hatten auch mit den Schülern, die nach meiner Verhaftung verhört worden waren, Kontakt und halfen ihnen, nach Möglichkeit eine gemeinsame Linie dessen zu finden, was wie ausgesagt werden könne und müsse, ohne mir zu schaden. Auch dieser Besuch war wieder ein Kontakt zur Freiheit, vielleicht könnte ich auch bald dieses ungastliche Haus verlassen, so wuchs bei einer solchen Begegnung auch wieder die Hoffnung.

Zuvor jedoch fand ein wieder einmal plötzlich eindringender Wachtmeister in unserer Zelle bei einer Durchsuchung etwas, was den Vorschriften nach nicht in der Zelle sein durfte. Es war ein kleines, dünnes Stück Blech, das auf der einen Seite so scharf war, dass man mit ihm schneiden konnte. Voller Hochgefühl hielt es der Wachtmeister in seiner Hand, man meinte, er hätte einen Klumpen Gold gefunden, so funkelten seine Augen. Triumphierend verließ er die Zelle. Wir ahnten nichts Gutes und wurden kurz danach, wie schon erwartet, jeder in eine sogenannte Arrestzelle gesteckt. Diese unterschied sich der Größe nach nicht von anderen Zellen. In ihr gab es aber eine gemauerte Pritsche, die Steine waren dann nochmals mit einer Schicht Holz in Höhe von ca. 10 bis 12 cm abgedeckt. Zum Schlafen gab es nur jede dritte Nacht einen Strohsack, so dass das Liegen schon recht unbequem war. Die Nahrung wurde nochmals gekürzt. Wandschrank, Schemel und Tisch waren vorhanden. Man glaubt es vielleicht nicht, aber nach fast einem halben Jahr zu dritt auf einer Zelle empfand ich das Alleinsein wie eine willkommene Erholung. Ich konnte endlich mal zu mir kommen, kein Mensch wirkte auf mich ein, wenn nicht gerade ein Wachtmeister in der Tür stand. Kein Mithäftling verfolgte jede Bewegung, jeden Ton, jeden Ausdruck im Gesicht. In diesen Tagen hatte ich Muße, meine Gedanken in aller Ruhe wandern zu lassen. Was würde aus mir

werden? Ein Aufholen der vergangenen Monate in der Schule schien unmöglich. Wie würde es meiner Mutter gehen? Sie hatte nun ihren Mann und – wie ich dachte – auch ihren kleinen Ersatzmann hinter Gittern. Wie würde sie das verkraften? Was würde der SSD mit ihr machen, wie würde er ihr zusetzen? Wie würde es meinem Vater ergehen? Würde er inzwischen schon ein gebrochener Mann sein?

Ich darf an dieser Stelle einfügen, wie es meiner Mutter erging, als sie ihn zum erstenmal in Waldheim besucht hat. Sie wurde in einen Raum geführt, in dem vier große Tische standen, wie auch in dem Magdeburger Gefängnis mit je einem Brett in der Mitte, doppelt so hoch etwa wie ein Tischtennisnetz. An den vier Tischen saßen an der Gegenseite je ein Häftling, bleich, kahlgeschoren, alle hätten in etwa den gleichen leeren Gesichtsausdruck gehabt. Unsicher glitten Mutters Blicke von einem zum anderen ohne eine sichere Erkenntnis, wer ihr Ehemann sein könnte. Glücklicherweise war sie, als sie beim Hinsetzen wirklich ihrem seit ca. 5 Jahren nicht mehr gesehenem Mann gegenüber saß. Sie hatte auf den Richtigen getippt, wie sie sich beim Reden vergewissern konnte. Jeder der drei anderen hätte es offenbar auch sein können. Keine Berührung, kein Streicheln, kein Kuss, nur unendlich viel Tränen liefen im Inneren, heldenhaft verbarg sie diese dem Mann gegenüber, wollte sie ihm doch nur



JVA Magdeburg-Sudenburg – oberste Etage, links außen liegt die Zelle von Herrn Dr. Neubert (Foto: Ahrberg)

die herzliche Freude über das Wiedersehen vermitteln, ihm ihre immer noch ungebrochene Liebe zeigen können.

Und die Gedanken gingen weiter zu den Klassenkameraden, ob wohl einer von ihnen auch verhaftet worden war? Wie würde es um die Mitglieder der Jungen Gemeinde bestellt sein, würde man sie in Ruhe lassen? Vielleicht saßen noch andere Klassenkameraden oder sonstige Bekannte im Gefängnis. Sicher sein konnte man sich nicht, sah man doch auch hier im Gefängnis nur die Inhaftierten eines halben Stockwerkes. Oft sinnierte man auch darüber, wie man eventuell aus dieser Haft entfliehen könnte. Man wäre wohl zu Gewalt bereit gewesen. Wenn ein Erfolg auch nur im geringsten zu erhoffen gewesen wäre, hätte man sich sogar vorstellen können, einen Wachtmeister umzubringen. Soweit war man gekommen, so sahen die Früchte einer langen, unberechtigten Haft aus. Glücklicherweise eröffnete sich aber keine Möglichkeit zu einer so durchzuführenden Flucht.

In dieses Denken mischte sich das vorsichtige, unüberhörbare Klopfen auf der einen Seite der Zelle. Hier nahm jemand mit dem mühsamen Klopfalphabet ($1x = a$, $26x = z$) Kontakt zu mir auf. Wie es sich im Verlauf der nächsten Tage herausstellte, war es ein Zeuge Jehovas. Viele seiner Gesinnungsgenossen saßen in unserem Gefängnis. Jeder von ihnen hätte nur zu sagen brauchen, er schwöre seinem Glauben ab, und er wäre entlassen worden. Sie alle hielten fest zusammen und kannten sich untereinander gut. Wenn ich mich traute, tagsüber am Fenster zu stehen, wenn im Hof, in den ich – allerdings auch wieder verbotenerweise – von der Arrestzelle aus schauen konnte, die vielen verschiedenartigen Gestalten der anderen Stockwerke oder auch Stationen zur Freistunde vorbeizogen, dann bemerkte ich, wie viele von Ihnen meinem Nachbarn ein freundliches Lächeln sandten. Offenbar wussten viele von ihnen sein Zellenfenster zu identifizieren. In der Freistunde stand er kurze Zeit neben mir, bevor es auf den Hof ging, und verstand es, mir in diesen kurzen Augenblicken einen Teil seiner Nahrung zuzustecken, auf den er mir zuliebe verzichtete. Offenbar sah ich in meiner Jugend besonders bedürftig aus.

Bekanntlich essen Zeugen Jehovas keine Blutwurst. Gab es aber abends ein Stückchen dieser Wurst, dann verweigerten sie deren Annahme. Wiederholt kam es dann vor, dass nach einigen Tagen auch die Zellengenossen diese Wurst ablehnten, sich also zum Glauben der Zeugen Jehovas bekannten. Legte man sie alle in nebeneinanderliegende Zellen, feierten sie mit gemeinsamen Liedern ihre gottesdienstlichen Andachten. Man wurde ihrer einfach nicht Herr. Und immer zeigten sie fröhliche Gesichter, ja waren Willens, nach ihrer Entlassung ostwärts weiter zu ziehen, um auch in den osteuropäischen Ländern zu missionieren. Seit meiner Haft habe ich mir eine große Hochachtung vor ihnen bewahrt.

Nach der Arrestzeit kam ich dann wieder zu anderen Häftlingen in die Zelle. Ich habe schon kurz von dem Bergbaustudenten und dem rothaarigen stillen Studenten geschrieben, mit denen ich nun die Zelle zu dritteln hatte. Der zweite brachte mir Teile der Kurzschrift bei. Dazu benutzten wir die kleinen viereckigen Zahnputzsteine. Wenn man auf ihnen die angefeuchtete Zahnbürste kräftig hin- und herstrich, entwickelte sich ein Schaum, mit dem man dann die Zähne putzen konnte. Die Verwendung von Zahnpasta im Knast wäre in den Augen der Justiz doch zu gefährlich gewesen, weil mittels dieser Tuben ja verbotene Gegenstände in die Zellen hätten geschmuggelt werden können. An den glatten, mit Ölfarbe bemalten Zellwänden konnte man mit diesem Zahnstein gut schreiben, so eben auch Steno lernen. Des weiteren brachte er mir auch viele Teile des Morsealphabets bei, mit dem man sich schneller durchs Alphabet klopfen konnte, wenn es denn die Nachbarn gekannt hätten. Im übrigen ist es auch schwer, das Kurz oder Lang hören lassen. Immerhin konnten einige sich so ganz gut verständigen. „Ich liebe Dich“ war der unvergessene Merkspruch für das I (di da didit).

Zäh vergingen die Tage, bis ich eines Tages einen Brief meines Vaters in meinen Händen hielt. Meine Mutter war, wie ich später erfuhr, von Pontius bis Pilatus gelaufen, um dieses einmalige Ereignis zustande zu bringen. Ein Brief aus einem ins andere Gefängnis! Viele Gänge und Bitten ihrerseits waren notwendig, um die abweisenden Bescheide immer wieder neu überwinden zu können. Selbstverständlich war wenig Wichtiges in dem Brief zu lesen, natürlich schrieb er, es ginge ihm den Umständen entsprechend gut und ich solle sehen, dass ich mich gut fühle. Er sei traurig, mir in eine Haftanstalt schreiben zu müssen. Ich war traurig, dass seine Seele auch mit meiner Haft noch belastet wird. Aber es war ein sichtbarer Beweis seines Lebens, die mir seit Kindheit bekannte Schrift, wie soll ich meine Freunde und mein unendlich freudiges Gefühl noch beschreiben?

Die Tage und Wochen vergingen, bis ich einen Beschluss zur Terminierung des Prozesses und auch gleich die Ladung dazu bekam. Ich war inzwischen in einen anderen Bau verlegt worden, und hier in eine große Zelle, in der etwa 15 Häftlinge zusammen waren. Es waren alles junge Häftlinge, etwa bis 25 Jahre alt. Man nächtigte in doppelstöckigen Betten, es gab einen Tisch und Stühle, auch das Kübelsystem und die Waschmöglichkeiten waren besser als die in den Einzelzellen. Dem Umstand, dass ich in dieser großen Zelle nur sehr kurz lag, mag es zuzuschreiben sein, dass ich an diese Zelle nicht mehr viel Erinnerung habe. Auch hier war ich wieder der Jüngste, was mir das Mitleid und auch die Zuneigung der anderen Insassen zutrug. Ein wirkliches vertrauliches Miteinander entstand jedoch auch hier nicht, fürchtete man doch

immer Angehörige des SSD unter den Mithäftlingen. Irgendwie freuten sich aber alle mit mir auf den bevorstehenden Termin am 6. Mai 1952! Sie bestanden aber darauf, dass ich wegen meines immer schlimmer werdenden Hustens und meines zunehmend schlechten Allgemeinzustandes den Arzt nochmals aufsuchen sollte. Es war recht mühevoll, die Wachtmeister auf der Station davon zu überzeugen, dass ein Arzttermin für mich notwendig sein würde. So kam es eines Tages auch dazu. Der Arzt war selbst ein Häftling, denn raus in die Stadt kam man natürlich nicht. Er untersuchte mich recht gründlich und kam zu der Feststellung, dass ich anlässlich meines Termins vor Gericht darauf hinweisen solle, dass nach seiner Ansicht ein weiteres Verbleiben in der Haftanstalt einem Todesurteil für mich gleichkommen würde. Das hat mich schockiert, wenngleich damals die Diagnose einer Tuberkulose, die nach meiner Entlassung dann recht schnell gestellt wurde, hier noch nicht fiel. In der Haftanstalt wurde natürlich nicht geröntgt, denn es gab hier keine solchen Apparate. Zur Therapie bekam ich Hustensaft und wohl auch Tabletten gegen Fieber.

Jeder meiner neuen Zellkollegen suchte nun, je näher der Verhandlungstermin kam, irgendetwas zu meinem gutem Äußeren beizusteuern. So bekam ich von dem einen neu aussehende Schuhe. Mit einem Reißverschluss zu öffnen, saßen sie natürlich besser als meine abgelatschten ohne Schnürsenkel. Von einem anderen bekam ich die Hose geliehen, weil meine Trainingshose ja ohne eingezogenes Gummi vor Gericht zu armselig gewirkt hätten, mich auch mindestens eine Hand zum Halten gekostet hätte. Vom Rasierkommando – dieses bestand immer aus mehreren Männern, von denen die wenigsten gelernte Friseure waren – war ich einige Tage zuvor rasiert worden. Auch ohne diese Rasur hätte ich nicht fürchterlich ausgesehen, weil der Bartwuchs wirklich spärlich war. Wenn man bei der Rasur relativ große Schnittverletzungen bekam, durfte man sich nicht beschweren und die Verursacher hatten dafür nur ein Lächeln übrig. So fieberte ich in zweierlei Hinsicht dem 6. 5. entgegen.

Zum einen blühte die Krankheit, zum anderen klopfte mein Herz vor Aufregung angesichts der kommenden Tage. Stundenlang gingen die Gedanken im Kopf hin und her, liefen nochmals alle Details der mir zur Last gelegten Untat in meiner Erinnerung ab. Viele in meiner Zelle wussten von drakonischen Strafen zu berichten, so dass man über den Ausgang der Verhandlung zwar lange nachdenken konnte, ohne jedoch zu Schlüssen zu kommen, was aus einem wohl werden würde, wie das Urteil ausgehen würde. In der Nacht vor der Verhandlung schlief ich entsprechend schlecht, doch immer wieder mischten sich in die dunklen Gedanken auch Hoffnungsschimmer auf eine vielleicht mögliche Entlassung. Am Morgen des 6. 5. 52 öffnete sich dann endlich die

Zellentür nach dem Frühstück, aber oh weh, da stand ein Wachtmeister mit Handschellen, die mir erst einmal angelegt wurden. Das war für mich, als würde mir auf den Kopf geschlagen. War ich denn ein solch gefährlicher Verbrecher? Wie dem auch sei, los ging es über lange Gänge durch viele sorgfältig verschlossene Türen, die teilweise ganz offensichtlich nur geöffnet werden konnten, wenn zwei Wachtmeister mit verschiedenen Schlüsseln zugegen waren, oder wenn sie von außen geöffnet wurden. Kurz über die Straße und dann hinein in den Justizbau nebenan, wo mich nach weiteren vielen Gängen und Treppen eine neue Zelle erwartete, die diesmal nun nur einen Schemel enthielt und Platz bot, dass man sich gerade auf diesen setzen konnte. Wenn man neben dem Schemel stand, füllte man die ganze Zelle aus und konnte sich nicht weiter bewegen. Hier in dieser engen Zelle kam mir die Zeit endlos vor, bis ich dann in den Gerichtssaal geführt wurde, in dem die Verhandlung begann. Die Spannung im Raum war zu spüren. Vor mir erhöht saß die große Strafkammer, die meiner Erinnerung nach aus drei Richtern und zwei Schöffen bestand. Im Saal, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, konnte ich viele Freunde, Klassenkameraden und Bekannte entdecken. Ein jeder versuchte mir freundliche und aufmunternde Blicke zuzuwerfen, allen voran meine gute, verhärtet aussehende Mutter. Mir schien sie nochmals kleiner geworden zu sein, auch älter. Sicherlich zitterte sie innerlich noch mehr als ich es tat. Der Richter versuchte nun die Frage zu klären – alles in anständigem und sachlichen Ton –, wie sich die Sache damals verhalten habe, wie es mit der Einfuhr und Verbreitung der „Hetzschriften“ vor sich gegangen wäre. Dabei wurde ganz offensichtlich der Zeuge, der in den Akten als Belastungszeuge aufgeführt war, nicht zur Aussage gebeten. Zwei meiner Klassenkameraden, Brigitta und Eberhard, wurden als Zeugen eingelassen. Ich bewundere heute noch die Courage von Brigitta und die überlegten Antworten von Eberhard. Sichtlich nahmen sie auch die Schärfe aus dieser Prozessführung. Sehr vorteilhaft agierte mein Rechtsanwalt, der dem Gericht mit seinen Darlegungen viel Wind aus den Segeln nahm. So wenig, wie möglich, hatte er mir geraten, zu sagen, um allen, auch kleinsten Fehlern vorzubeugen. Meine Mutter hatte er sogar dazu gebracht, gar nicht auszusagen, wollte sie sich doch richtig ins Zeug legen und wäre ihr dabei vielleicht die unbedingt benötigte Sachlichkeit verloren gegangen. Nichts sollte für die Atmosphäre nachteilig sein. Indem man den Belastungszeugen nicht zur Aussage bat, wollte man wohl damit verhindern, offenzulegen, wer den ganzen Prozess zu verantworten hatte, wer mich wegen der Zeitungen angezeigt hatte. Es war ein Klassenkamerad, der sich zwar nach dem Mauerfall anlässlich von Klassentreffen zu der Klasse gesellte, aber die Tat nie wahrhaben wollte, geschweige sich für diese Tat in irgendeiner Weise entschuldigte. Ein Briefwechsel hierüber hatte vor dem ersten



Nach der Haft

Klassentreffen nach dem Mauerfall stattgefunden und liegt diesem Bericht bei. Weitere Einzelheiten dieser Verhandlung sind aus meiner Erinnerung verschwunden. Ich weiß nur noch, dass nach längerer Verhandlung der Staatsanwalt 1 ½ Jahre Gefängnis forderte, der mir von der Kirche gestellte Rechtsanwalt Freispruch. Die Kammer entschloss sich nach längerer Beratungspause zu einem Urteil von einem Jahr Gefängnisstrafe und diverser Sühnemaßnahmen, die im beiliegenden Urteil nachzulesen sind. Das Gericht hob wegen der bestehenden Erkrankung den Haftbefehl auf, was bedeutete, dass ich noch am Tage der Verhandlung freigelassen wurde. Unser Glück ist mit Worten nicht zu beschreiben! Meine Mutter weinte vor Freude, als sie mich in ihre Arme schließen durfte. Viele Zuhörer drückten mir erleichtert die Hand. So ganz richtig konnte ich mein Glück in diesem Augenblick noch gar nicht begreifen.

Auch war mir noch nicht bewusst, dass es sich bei der zugezogenen Erkrankung um eine Lungen-Tbc handelte, deren Ausheilung drei lange Jahre dauerte, die in Kliniken und Heilstätten zugebracht werden mussten.

Es muss noch nachgetragen werden, dass sich vor dem Termin doch scheinbar tumultartige Szenen im Gerichtsgebäude abgespielt hatten, weil viele Freunde, die am Prozess teilnehmen wollten, aus Platzgründen nicht eingelassen wurden und aus diesem Grund laut ihren Unwillen bekundeten. Meine Angehörigen hatten große Angst, dass sich dieses Verhalten nachteilig auf die Prozessführung auswirken werde, was sich zum Glück nicht bewahrheitete. Nach Meinung aller Zuhörer und auch des Rechtsanwaltes war das Urteil in der entsprechenden Zeit im Verhältnis zu anderen Urteilen, die gefällt wurden, außerordentlich günstig ausgefallen. Man hätte auch mit Schlimmerem rechnen können.

Es schloss sich noch ein Gang zurück auf die Zelle an, damit der Abschied von denen, die weiter auf Freiheit warten mussten. Dann die ersten Tage zu

Hause! Ich war doch sehr mitgenommen durch meine Krankheit. Viele Freunde und Bekannte kamen freudestrahlend zu Besuch, so manche Freudenträne kullerte die Wangen hinunter. Und die Mutter hatte wenigstens einen Mann wieder zu Hause, wie sich leider bald herausstellte, nur für kurze Zeit.

Wegen der in der Haft zugezogenen Tuberkulose erfolgte eine zumeist stationäre Behandlung mit mehreren Operationen von etwas über drei Jahren, erst am 30. 6. 1955 wurde ich letztmals aus der stationären Behandlung entlassen, die ambulante Behandlung dauerte fort. Ab Winter 1955/56 durfte ich als Gastschüler das Speyerer Domgymnasium besuchen, wo ich dann im Sommer 1956 eine Aufnahmeprüfung in die Abiturklasse bestand und auf diese Weise 1957 mein Abitur machen konnte. Da es in der DDR 1952 noch keine Medikamente gegeben hatte, mit denen eine schon recht fortgeschrittene Tuberkulose behandelt werden konnte, hatte mich der dort behandelnde Arzt an die Charité in Berlin überwiesen mit der Aufforderung, auf dieser Reise bei der Durchfahrt durch Westberlin dort die S-Bahn zu verlassen und mich in Westberlin in Behandlung zu begeben. Die weitere Behandlung erfolgte wie schon oben kurz erwähnt an den verschiedensten Orten in Berlin, Westdeutschland und in der Schweiz.

Mein Vater wurde 1952 „begnadigt“ und entlassen. Als er mich in Westberlin besuchen wollte, ließ er sich zum Bleiben überreden und fand endlich in Speyer wieder Arbeit, wohin ich nach meinem letzten Krankenhausaufenthalt auch entlassen wurde. So war dann die Familie endlich wieder glücklich zusammen.

In der Anlage finden sich neben meiner Urteilsbegründung nicht nur meine, sondern auch meines Vaters Rehabilitationsschrift, weil sie die Verhältnisse um die Waldheimer Urteile nochmals sehr gut beschreibt.

Im 1. Band von „Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950“ * fand ich folgende Statistik über den Verbleib der Buchenwald-Häftlinge, der nichts hinzugefügt werden braucht, um das grausame Geschehen zu beschreiben.

Verstorben	7.113
Entlassen	ca. 16.500
Deutschen Behörden überstellt (Waldheim)	2.415
In die UdSSR deportiert	ca. 1.500
Militärgerichten übergeben	125
Geflohen	11

* Alexander von Plato: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Bd.1: Studien und Berichte, Berlin 1998

Der Klassenkamerad, dem ich meine „Auszeit“ zu verdanken habe, bekundete beim ersten gemeinsamen Klassentreffen nach der Wiedervereinigung, er wüsste von nichts, könne sich nicht einmal meiner Verhaftung erinnern. Ein klärendes Gespräch mit ihm und eine Entschuldigung hätten die Situation, so meine ich, weitgehend bereinigen können.

Der in den Prozessakten genannte Begleiter auf der Fahrt nach Berlin F. wohnte zur Zeit meiner Verhaftung in Brandenburg. Ein Schulkamerad setzte sich in der Nacht meiner Verhaftung aufs Fahrrad und fuhr die fast 100 km zu ihm, um ihn zu warnen. Er floh sofort nach Westberlin und entzog sich auf diese Weise einer Festnahme. L., dem die Zeitungen im Zug zugesteckt worden waren, tauchte im Prozessverlauf nie auf, warum man ihn nicht wenigstens als Zeugen vernahm, ist nicht geklärt.

Das Oberverwaltungsgericht Rheinland Pfalz lehnte ein besonderes Betroffen-sein in meinem Falle ab. Ich hatte argumentiert, der dreijährige der Haft folgende Krankenhausaufenthalt sei doch im Grunde einer Haft fast gleichzusetzen.



Herr Dr. Neubert bei seinem Besuch am 27. 3. 2003 in Magdeburg (Foto: Ahrberg)

Die Volksbank in Magdeburg, die vorübergehend in dem Haus ihre Geschäftsstelle ansiedelte, in dem ich vom SSD inhaftiert war, ließ mein Schreiben, in irgendeiner Weise in ihrem Haus darauf hinzuweisen, dass hier einmal Menschen im Keller gefangen gehalten wurden, unbeantwortet.

Dankbar für ein „neues Leben“, wenn auch mit einer hochgradigen Einschränkung meiner Gesundheit (80 % MdE) habe ich nach dem Medizinstudium 40 Jahre als Arzt gearbeitet, durch die Einschränkung meiner körperlichen Möglichkeiten immer etwas verhaltener, doch vielleicht sogar etwas glücklicher als mancher Kollege.

Ministerium für Staatssicherheit
Verwaltung Sachsen-Anhalt

Ort und Datum: Magdeburg, den 15. 8. 1951

000024

Haftbefehl

Der/die: Schüler Thomas Neubert
Beruf Vorname Name

geb.am: 11. 5. 34 in: Magdeburg
Datum Ort und Kreis

wohnhaft in: Magdeburg, Olvenstedter Chaussee 14
Ort und Strasse

ist zur Untersuchungshaft zu bringen.

Neubert
Name

1. Mr. 38 Abschn. II, III A III Einsetzen der in Betracht kommenden Tatbestände der Kontrollratsdirektive

2. Nr. 8, Abschn. II Art. II oder III
Hauptverbrecher bzw. Verbrecher nach Abschnitt II Art. II (bzw. Art. III) Ziffer der Kontrollratsdirektive Nr. 38 v. 12.10.1946

..... Neubert ist dieser Straftat ringend verdächtig und es besteht Verdunklungsfahr bzw. Fluchtversuch.

Unterschr. u. Dienstst. (Brock) Vp.-Kdr.

Dokument 1: Haftbefehl vom 15. 8. 1951 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18														
Az. H 51					Hafens: <i>Magdeburg-Landberg</i>									
Zusatz: <i>Neubert</i>					Vorname: <i>Thomas</i>									
Bund: <i>DDR</i>					Familienname: <i>Neubert</i>									
Geburtsdatum: <i>11.5.1934</i>					Häftlingsnummer:					verhaftet seit: <i>13.6.57</i>				
Geburtsort: <i>Magdeburg</i>					durch: <i>Kripo</i>					in: <i>Magdeburg</i>				
verurteilt am: <i>1.5.58</i>					in: <i>17.4.</i>					in: <i>Magdeburg</i>				
Gericht: <i>1. G. St. K. Magdeburg</i>					Ass.: <i>1. St. K. Magdeburg</i>					Inkl. <i>1. St. K. Magdeburg</i>				
Grad der Verurteilung: <i>Kriminalgericht</i>					Lehrmäßig besucht am:									
Gesundheitszustand des Häftlings: <i>Propagandakämpfer entpöbelte, bündelt!</i>														
Angehörige: <i>Mutter: Hedwig Neubert</i>					Zahl der Kinder:					Angelegt am: <i>23.8.57</i>				
Anschrift: <i>Magdeburg, Rosenfelder Strasse 14, Tel. 11.101</i>					Wirtschaftliche Lage:					von: <i>K</i>				
Deckanschrift: <i>Friede, Heimkehr, Magdeburg, 17.4.58</i>														

Dokument 2: Haftkarteikarte vom 23. 8. 1951 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

I 109/52
I 100/52

Beschluss

Gegen

den Schüler Thomas Neubert,
geb. am 11.5.1934 in Magdeburg, wohnhaft in Magdeburg,
Olvenstedter Chaussee Nr. 14, deutsch, ledig, keine
Kinder, nach eigenen Angaben nicht vorbestraft -
Strafregisterauszug wird nachgereicht -
in dieser Sache in Untersuchungshaft seit dem 15.8.1951
in der Vollzugsanstalt Magdeburg-Landberg,

wird das Hauptverfahren vor der Gr. Strafkammer I des Landgerichts
Magdeburg eröffnet.

er ist hinreichend verdächtig:

nach dem 8. Mai 1945
durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Verhöre sowie
Propaganda für den Nazismus und Militarismus den Frieden des
deutschen Volkes gefährdet zu haben,

indem er
antidemokratische Literatur und Material aus Westberlin
in die Deutsche Demokratische Republik einführt und verbreitet.

Vergehen gem. Kontr. Dir. 38, Abschn. II, Art. III A III,

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft anerkt die Untersuchungshaft
des Angeklagten aus den Gründen ihrer Anordnung fort.

Magdeburg, den 18. April 1952,
Landgericht, Gr. Strafkammer I

Anlagefertig:
Landrichter
Justizangestellte

Antsprichter beim
Landgericht

Dokument 3: Beschluss über Eröffnung des Hauptverfahrens vom 18. 4. 1952
(Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

BSStU 01. Nov. 1993
000049
Sitzg.: 26.5.1952
Rechtskräftig
seit 14.5.1962
Magdeburg den 6.5.52
Sachbearbeiter

- I 109/52 -
- I 109/52 - 3
Verfasser:
Ansprücher b.LG.
Richter

6.5.52

URTEIL

IM NAMEN DES VOLKES

In der Strafsache

gegen

den Schüler Thomas Neubert,
geb. am 11.5.1934 in Magdeburg, wohnh.
Magdeburg, Olvenstedter Chaussee Nr. 14,
deutsch, ledig, keine Kinder, nach eigenen
Angaben nicht vorbestraft, Strafregisterauszug
wird nachgereicht, in dieser Sache in U-Haft
seit dem 15.8.1951 in der Vollzugsanstalt
Magdeburg-Sudenburg, Polizeihaft seit dem 13.8.1951,

wegen

Verbrechen und Vergehen nach Kontrollrats-
direktive 38, Abschnitt II, Artikel III A III

hat die Gr. Strafkammer des Landgerichts in
Magdeburg in der Sitzung am 6. Mai 1952,
an der teilgenommen haben:

Ansprücher b.LG. Richter x
als Vorsitzender,
Landrichterin Th. Heune
als beisitzende Richterin,
Dreher Franz Kolditz, Magdeburg,
Angestellte Lisa Busch, Magdeburg,
Angestellter Arthur Hensfeld, Magdeburg,
als Schöffen,
Staatsanwalt Lautenschlag
als Vertreter des Oberstaatsanwalts,
Justizangestellte Deicke
als Schriftführerin,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verbreitung tendenziöser Gerüchte
im Sinne der Kontrollratsdirektive 38, Abschnitt II, Artikel
III A III zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verur-
teilt, auf die die erlittene U-Haft in voller Höhe an-
gerechnet wird.

Der Angeklagte wird nach KD. 38 Abschn. II Art. III A III
als Belasteter festgestellt.

Es werden daher folgende Maßnahmen verlangt:

BSStU 01. Nov. 1993
0000650
Sitzg.: 26.5.1952
Rechtskräftig
seit 14.5.1962
Magdeburg den 6.5.52
Sachbearbeiter

- I 109/52 -
- I 109/52 - 3
Verfasser:
Ansprücher b.LG.
Richter

6.5.52

URTEIL

IM NAMEN DES VOLKES

In der Strafsache

gegen

den Schüler Thomas Neubert,
geb. am 11.5.1934 in Magdeburg, wohnh.
Magdeburg, Olvenstedter Chaussee Nr. 14,
deutsch, ledig, keine Kinder, nach eigenen
Angaben nicht vorbestraft, Strafregisterauszug
wird nachgereicht, in dieser Sache in U-Haft
seit dem 15.8.1951 in der Vollzugsanstalt
Magdeburg-Sudenburg, Polizeihaft seit dem 13.8.1951,

wegen

Verbrechen und Vergehen nach Kontrollrats-
direktive 38, Abschnitt II, Artikel III A III

hat die Gr. Strafkammer des Landgerichts in
Magdeburg in der Sitzung am 6. Mai 1952,
an der teilgenommen haben:

Ansprücher b.LG. Richter x
als Vorsitzender,
Landrichterin Th. Heune
als beisitzende Richterin,
Dreher Franz Kolditz, Magdeburg,
Angestellte Lisa Busch, Magdeburg,
Angestellter Arthur Hensfeld, Magdeburg,
als Schöffen,
Staatsanwalt Lautenschlag
als Vertreter des Oberstaatsanwalts,
Justizangestellte Deicke
als Schriftführerin,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Verbreitung tendenziöser Gerüchte
im Sinne der Kontrollratsdirektive 38, Abschnitt II, Artikel
III A III zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verur-
teilt, auf die die erlittene U-Haft in voller Höhe an-
gerechnet wird.

Der Angeklagte wird nach KD. 38 Abschn. II Art. III A III
als Belasteter festgestellt.

Es werden daher folgende Maßnahmen verlangt:

Dokument 4: Urteil vom 6. 5. 1952 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

01. Nov. 1993

- 3 -

000651

Angeklagten auf, mit ihnen zur Bahnhofsache in Magdeburg zu kommen, da der Warenbegleitschein Mängel aufwies. Fricke steckte Lehmans die Hetschriften zu und dieser entfernte sich damit. Am anderen Morgen, in der ersten grossen Pause, hatten einige Schüler auf dem Schulhof die Broschüren, die von Hand zu Hand gingen, bereits eingesehen, als der Angeklagte dazu kam. Dieser gab dann auch einigen Klassenkameraden Gelegenheit, die Hetschriften einzusehen.

Dieser Sachverhalt ist auf Grund der Einlassung des Angeklagten sowie der unbedingten glaubhaften Aussagen der Zeugen Werlitz, Angel und Ziegler festgestellt.

Der Angeklagte legt ein offenes Geständnis ab. Er gibt zu, in der Klasse, nachdem er von Lehmans die Hetschriften bekommen hatte, um die dem Lehrer Fricke zu bringen, einige seiner Klassenkameraden zur Einsichtnahme überlassen zu haben. Er lässt sich dabei ein, dass Lehmans diese Hetschriften am Anfang der grossen Pause herumgereicht hat und dass er wenige Minuten danach in den Kreis seiner Klassenkameraden getreten ist, von Lehmans die Broschüre bekommen hat und danach nochmals einigen interessierten Klassenkameraden Gelegenheit gab, von dem Inhalt, vor allem der "Tatbestand", Kenntnis zu nehmen. Danach habe er die Hetschriften niemandem mehr gezeigt. Dies wird von den Zeugen Ziegler bestätigt, die in der Inventur eine Zeitschrift eine bunte Zeitschrift erblickte, den Angeklagten bat, ihr diese zu geben, ihre Bitte jedoch nicht erfüllt bekam.

Der Angeklagte lässt sich weiter dahin ein, dass er auf Grund der in Westberlin erhaltenen Warnung Fricke wiederholt auf die Gefahr der Einfuhr derartiger Schriften in die DDR aufmerksam gemacht und ihn gebeten habe, sich auf jeden Fall dieser Literatur zu entledigen. Da er von seinem Abteilungsleiter aus Paderborn habe vorüberfliegen sehen, sei er der Meinung gewesen, dass Fricke seinen Wunsch nachgekommen ist und die Zeitschriften vernichtet hat. Er sei daher überrascht gewesen, als Fricke im Gebiet der DDR die Zeitschriften wieder hervorgeholt habe. Seine Warnungen, doch nun endlich diese Hetschriften zu vernichten, habe Fricke an der Wand geschlagen. Am anderen Tage habe Lehmans ihm die Hetschriften übergeben, mit dem ausdrücklichen Hinweis, diese dem Lehrer Fricke zu überbringen, da dieser es so angeordnet habe. Er habe dann auch gegen Abend drei der Schriften an Fricke überbracht und sich nicht weiter um deren Verbleib gekümmert. Eine andere Hetschrift, die er versehentlich in seiner Wohnung habe liegen lassen, habe von seiner Mutter verbrannt. Der Angeklagte bereut seine Tat aufrichtig.

Der Angeklagte hat Hetschriften, von denen er wusste, dass sie ihrem Inhalt nach tendenziöse Gerüchte, die geeignet sind, den Frieden des deutschen Volkes und den Frieden der Welt zu gefährden, enthalten, nach dem 7. Mai 1945 verbreitet und dadurch Propaganda für den Faschismus und Militarismus gemacht. Es ist dabei nicht notwendig, dass der Angeklagte den Vorsatz fasste, eine derartige Handlung zu begehen. Es genügt, dass der Erfolg eintritt, derartige Gerüchte zur Kenntnis anderer zu bringen und gebracht zu haben. Mit seinen Handlungen hat der Angeklagte die Tatbestandsmerkmale der KD, 38, Abschn. VII, Art. III A III objektiv und subjektiv erfüllt.

Bei der Strafzumessung hat die Kammer dem Angeklagten strafmildernd zugebilligt, dass er ein offenes Geständnis abgelegt und dass er alles getan hat, was in seiner Kraft stand, um die Einfuhr dieser Hetschriften zu verhindern. Ausserdem erkennt der Angeklagte, dass er mit der Entgegennahme dieser Broschüren in der Schule und der danach erfolgten Verbreitung unter seinen Klassenkameraden einen schweren Fehler begangen hat, den er aufrichtig bereut. Der Angeklagte ist aber sein eigentliches Zutrauen auf Grund des Verhältnisses eines Schülers zu einem Lehrer in eine Schuld verstrickt, die seiner sonstigen

01. Nov. 1993

BSIU

000652

Einstellung gegenüber unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung widerspricht.

Strafschärfend war dem Angeklagten zu wert, dass er auf Grund seines hohen Intelligenzgrades die Folgen seiner Handlung sehr wohl zu überblicken verstand. Er kannte den hetscherischen Inhalt der Broschüren und er war ausdrücklich von seinem westberlinischen Bekannten gewarnt, dieses Lügengemischel in das Gebiet der DDR nicht einzuführen. Auch seine Besorgnis, dass Fricke doch ja die Broschüren vernichtet und seine Überraschung und seine Angst, als er sah, dass Fricke ihn getäuscht hatte und die Hetschriften immer noch bei sich führte, sprechen dafür, dass der Angeklagte sehr wohl wusste, dass er, wenn er diese Broschüren an sich nimmt oder verbreitet, ein Verbrechen gegen den Frieden begeht. Der Angeklagte wusste, dass sich diese Hetschriften gegen das Weltfriedenslager und gegen unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung richten. Das war bekannt, dass Verunglimpfungen der führenden Staatsmänner der DDR dazu führen sollen, die Bevölkerung zu beunruhigen, in Gegenwehr zu den Anordnungen unserer Regierung zu bringen und sie davon abzuhalten, sich mit aller Kraft für die Arbeiten zu Gunsten des Friedens einzusetzen. Die imperialistischen Monopolkapitalisten haben durch ihren berüchtigten Sprecher Jakob Kaiser unmissverständlich zum Ausdruck bringen lassen, dass ein Gelingen des 5-Jahrplanes ihr Staatsgefüge derart erschüttert, dass eine Festigung desselben im Sinne ihrer Formaldemokratie nicht wieder erwartet werden kann. Aus diesem Grunde arbeiten diese westlichen Herrscher mit allen Mitteln, um unsere Entwicklung zu untergraben. Dabei fangen sie damit an, dass sie durch promilitaristische Propaganda die Jugend Deutschlands wieder reifzumachen trachten, sich auf den Schlachtfeldern Europas in einen dritten Weltkrieg für die Interessen des imperialistischen Monopolkapitals hinhinzuwerfen zu lassen. Der Angeklagte kennt ja aus eigener Erfahrung die schrecklichen Auswirkungen des Krieges. Er lebt in einer Stadt, die durch den grässlichen Luftkrieg riesige Zerstörungen erfahren hat und in die durch imperialistische Bomben so unsägliches Elend hineingetragen ist. Täglich sieht er die Ruinen als Mahnmale gegen einen Krieg. Täglich weisen Kriegskrüppel auf die Schrecken eines derartig verreckten Völkermordens hin. Der Angeklagte hat, wie selten ein anderer Mensch, Gelegenheit, im Rahmen unserer friedlichen Entwicklung festzustellen, dass unser Staat als Staat der Werktätigen fern jeder Rüstung steht und seine Arbeit nur dem Friedenswerk widmet. Als schönster Beweis hierfür hat Magdeburg die herrlichen Neubauten, in denen sich gesunde und schöne Wohnungen für unsere Werktätigen befinden. Schon daran kann er erkennen, wie unehr und verurteilend die Artikel der westlichen Presse sind. Der westdeutschen Jugend ist die Möglichkeit genommen, sich von den Friedensbauten und den Friedentaten unserer Werktätigen zu überzeugen. Sie sehen nichts weiter als gewaltige Verwaltungsbauten monopolkapitalistischer Konzerne, Kasernen, Wohnhäuser für Offiziere der Besatzung, Waffen aller Gattungen und Polizei, die gegen sie wütet. Sie kennen kein Gesetz der Förderung der Jugend. Die westlich liegenschaftlichen Zeitschriften haben nur die eine Aufgabe, im Namen ihrer kapitalistischen Auftraggeber die westdeutschen Zustände zu verherrlichen und unsere Entwicklung zu schmähern und gegen sie zu hetzen. In gehässiger Weise verbreiten sie bewusst verlogene Artikel, um die Menschen Westdeutschlands von den wahren Zielen der monopolistischen Imperialisten abzulenken. Es ist daher besonders verwerflich, wenn Menschen, wie der Angeklagte, der für den Besuch der Oberschule ein Stipendium erhält, das aus den Einnahmen aus der Produktion der Werktätigen stammt, sich gegen diese Werktätigen durch die Verbreitung von Hetschriften wendet.

04. Nov. 1953

040553

Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten gem. Kontrollratsdirektive 38 zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten zu verurteilen, ihn als Belasteten festzustellen und ihm die entsprechenden Sühnemassnahmen aufzuerlegen.

Die Kammer schloß sich dem Antrage des Vertreters der Anklagebehörde hinsichtlich des Strafmaßes nicht an. Der Angeklagte hat alles getan, was in seiner Kraft stand, die Einfuhr der Hetschchriften zu unterbinden. Er verließ sich auf die Wahrheitsliebe des Lehrers und vertraute darauf, dass dieser die Broschüren tatsächlich vernichtet hatte. Als er sich davon überzeugen musste, dass dies nicht geschehen war, hätte ihm nur noch der Weg offen gestanden, den Lehrer anzuzeigen. Dies geschah nicht, da der Angeklagte sich über die Bedeutung der Wachsamkeit nicht im klaren ist und aus Scheu vor dem Lehrer. Am anderen Morgen, als er in die Schule kam, waren die Hetschchriften inhaltlich schon einer beachtlichen Anzahl von Mitschülern zur Kenntnis gekommen. Seine weiteren Verbreitungen bezogen sich dann nur auf zwei oder drei Klassenkameraden. Der Zeugin Ziegler gegenüber verneigte er die Herausgeber dieser Zeitschriften, obgleich beide durchaus nicht verleidet sind. Er liess sich dabei von dem Gedanken leiten, dass es tatsächlich unendlich ist, diese Dinge den Schülern zur Kenntnis zu bringen und folgte damit den Warnungen des Zeugen Jungel. Die Kammer war daher der Auffassung, dass eine Gefängnisstrafe von einem Jahre für die Handlungen des Angeklagten ausreichend ist. Diese Freiheitsstrafe war aber erforderlich, um den Grad der Gesellschaftsgefährdung angemessen zu schätzen und dem Angeklagten vor Augen zu führen, wie verwerflich sein Handeln gewesen ist.

Der Haftbefehl gegen den Angeklagten wurde aufgehoben, da sein Gesundheitszustand es für erforderlich hält. Im Mittelpunkt unserer Entwicklung steht der Mensch. Dies gilt auch für Leute, die straffbar im Sinne unserer Gesetze geworden sind. Damit der Gesundheitszustand des Angeklagten schnellstens wieder hergestellt wird und er Gelegenheit findet, sich durch fleissige Arbeit wieder als Mitglied unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einzugliedern, sah die Kammer von der Aufrechterhaltung des Haftbefehls ab.

Durch die Verbreitung der Hetschchriften nach dem 8. Mai 1945 hat der Angekl. Gerichte in Deutschland gesetzt, die geeignet sind den Frieden des deutschen Volkes und der gesamten Welt zu gefährden. Damit hat er Propaganda für den faschistischen Militarismus getrieben und Bemühungen des demokratischen Imperialismus, das deutsche Volk wieder in einen Krieg zu verwickeln und Kriegshetze gegen das unter dem Banner der EU stehende Weltfriedenslager zu treiben, nicht unbedingt unterstützt.

Der Angeklagte war daher als Belasteter nach KD. 38 festzustellen und musste ihm die Sühnemassnahmen aus Art. IX Ziff. 3-9 auferlegt werden, wobei die unter Ziff. 7 angeführten Beschränkungen auf 5 Jahre verhängt wurde.

Dem Angeklagten ist die seit dem 13.8.1951 erlittene U-Haft gem. § 60 StGB aus Billigkeitsgründen auf die erkannte Freiheitsstrafe angerechnet.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

ges. Richter

ges. Theune



Erfertigt:
Richter

Aus dem Gerichtssaal:

Von der Schulbank ins Gefängnis

17 Jahre zählte der Oberschüler Thomas N., als er im Auftrag einer kirchlichen Organisation in den Westsektor Berlins fuhr, um gemeinsam mit einem Mann, der in der Zwischenzeit die Republik verlassen hat, auf Warenbegleitchein Kräftigungsmittel für ein Heim abzuholen. Von im Westsektor wohnenden Bekannten erhielten die beiden politische Hetschchriften, darunter ein Exemplar der saarischen Zeitschrift „Tarantel“, die die DDR in gehässiger Weise herabsetzten. Mit diesen Schriften, die der Begleiter des Angeklagten N. verborgen hatte, begaben sie sich, den Warnungen der Berliner Behörden zum Trotz, auf die Heimreise nach Magdeburg. Als sie auf der Fahrt wegen der mitgeführten Waren mit einer genaueren Überprüfung durch die Bahnpolizei zu rechnen hatten, steckten sie die Schriften einem Schulkameraden L. des Angeklagten N. zu, der in Potsdam in ihr Abteil zugewiesen war. Am nächsten Morgen hatte der Mitschüler L. bereits vor der Ankunft des Angeklagten N. einigen Klassenkameraden die Schriften gezeigt. Auch in der großen Pause haben eine Anzahl Schüler nochmals Einsicht in die Schriften genommen, also zu einem Zeitpunkt, als der Angeklagte N. sie von seinem Mitschüler bereits zurück erhalten hatte, um sie, wie er angibt,

seinem Reisegefährten zurückzugeben. Gegen Thomas N. war wegen Verbreitung tendenziöser Gerüchte und Falschmeldungen durch Einführung antidemokratischer Hetschliteratur vor der Großen Strafkammer des Magdeburger Landgerichts Anklage erhoben worden. Auf Grund der Beweisaufnahme konnte jedoch nicht als erwiesen angesehen werden, daß der Angeklagte N. an dem Einführen der Schriften in die DDR tätigen Anteil gehabt hat, jedoch hat er sich der Verbreitung tendenziöser Gerüchte schuldig gemacht, weil er seine Mitschüler in die Schriften Einsicht nehmen ließ. Er wurde daher nach Kontrollratsdirektive 38 als Belasteter eingestuft und zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Ferner wurden die üblichen Sühnemassnahmen, u. a. eine auf 5 Jahre bemessene Berufsbeschränkung, verhängt.

Weiteraussichten für Donnerstag: Bei vorübergehendem Hochdruckeinfuss wolken bis heiter und ohne wesentliche Niederschläge. Tageshöchsttemperatur: um 18-22 Grad; nachts bei 10 Grad. Schwach bis mäßige Winde aus West bis Südwest. SA 4.30, SU 19.44; MA 18.39, MU 3.30 Uhr.

Dokument 5: C. D. U. Zeitung Neue Zeit Magdeburg vom 7. 5. 1952

In die Lebensmittelkasten. Versorgte am
7.5.52 aufgenommen.
Nachmittag, den 16.5.52
Kartenstelle
Westküste.

38

Dokument 7: Strafnachricht vom 2. 9. 1952 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

Mgd. den 13.7.53

Lieber Thomas!

Endlich komme ich dazu, Deinen Wunsch „Schreibe doch bitte mal“ zu erfüllen. Wie Du gewiß aus Zeitungen und Radio gehört hast ist jetzt in der letzten Zeit allerhand hier passiert. Ich fange am besten von dem Zeitpunkt an, an dem Deine Familie von einem Abstecher nicht mehr zurückkam. Wir haben uns alle darüber gefreut, daß es Euch nun endlich gut geht. Übrigens kam das Weggehen für uns nicht unerwartet, denn für Deinen Vater wäre hier ja doch keine Aufstiegsmöglichkeit mehr gewesen. Und es war gut, daß er das, was nach seiner Abfahrt sich hier ereignete, nicht mehr miterlebte. Denn ungefähr von dem Zeitpunkt ab begann hier der sogenannte „Kirchenkampf“. Er wurde eingeleitet mit vielen Verhaftungen von Pfarrern und anderen kirchlichen Würdenträgern. Unter anderem wurde auch Fritz Hoffmann verhaftet, der jetzt immer noch sitzt, aber bald freigelassen werden soll. Dann begann der Kampf gegen die „Junge Gemeinde“, die als Verbrecherorganisation hingestellt wurde, die im Auftrage der westlichen Kapitalisten Zersetzungsarbeit in der DDR durchführt. Du kannst Dir ja vorstellen, was das bedeutete. Es wurde die Versandstelle geschlossen und sämtliche Mitarbeiter verhaftet. Die Schaukästen wurden abgerissen und die Gottesdienste gestört. Man wartete jeden Tag darauf, auch verhaftet zu werden. Aber mit uns kam es jedoch anders. Wir mußten in der Schule gegen die „Junge Gemeinde“ und Bischof Dr. Müller als einen amerikanischen Agenten stimmen. Wir, die Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ und viele andere, stimmten dagegen. Allein aus unserer Klasse, der fortschrittlichsten der ganzen Schule, stimmten von 26 Schülern 14 dagegen. Das war natürlich ein Schlag für sie. Daraufhin suchte Rolack wahllos oder auch nicht zehn Mann heraus, die er kurzerhand ohne Begründung aus der Schule warf. Unter den Zehnen befand natürlich ich mich auch, vereint mit Eberhard J., Brigitta Z., Maria D., Bärbel H., der Bruder von Volkmar B. und andere mehr. Da saßen wir nun, die Verbrecher, Sabotöre, westdeutsche Agenten, Mörder von Volkspolizisten und na – ich habe sie leider wieder vergessen, die anderen schönen Bezeichnungen. Du kennst Sie wohl vielleicht auch noch. Mir gelang es dann aber bald, dank der juristischen Geschicklichkeit meines Vaters wieder auf die Schule zu kommen, die aber die Oberschule von Schönebeck sein mußte. Dort verlebte ich dann einige sehr vergnügte Wochen. Bis dann der 7. Juni kam und alles das, was sich die Kommunisten mühselig mit Blut und Eisen erobert hatten, zurückgegeben werden mußte. Du kannst Dir gar nicht vorstellen, was hier alles los war. Vor Freude besoffen sich alle Leute in der Kneipe und verprügelten alle die, die SED Abzeichen oder andere trugen. Es begann wirklich wieder ein neues Leben, die Bauern durften wieder auf ihre Höfe, die Geschäftsleute bekamen ihre gestohlenen Geschäfte zurück, die von der Schule verwiesenen Schüler und Lehrer durften wieder auf die Schule, der Interzonenverkehr wurde erleichtert und vieles andere mehr. Ich blieb aber noch auf der Schule in Schönebeck, weil es mir dort sehr gut gefiel. Bald wurde mir aber die 2stündige Fahrzeit zu viel und ich meldete mich in der letzten Woche noch auf unserer Schule an, die mich dann auch mit einem ausgezeichneten Zeugnis in die 12. Klasse versetzte. Ja, und dann kam der 17. Juni, den ich nie wieder in meinem Leben vergessen werde. Ich kam mittags

Dokument 8: Brief vom 13. 7. 1953 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

um ein Uhr aus der Schule ohne etwas besonderes bemerkt zu haben. Da fiel mir auf, daß keine Straßenbahn fuhr. Als ich dann zum Bahnhof ging, bemerkte ich dann Volksmassen, die bemüht waren, die „grüne Minna“ einen Berg hinunterzuwerfen; was ihnen dann auch gelang. Auch sonst waren die Straßen gefüllt von Menschen, die nicht gerade sehr friedfertig aussahen. Mein Gedanke war jetzt nur noch, so schnell wie möglich nach Magdeburg, bevor noch etwas passiert. Als ich auf den Bahnsteig ging, hörte ich von einigen Arbeitern, daß ganz Magdeburg in den Streik getreten sei und sämtliche öffentliche Gebäude gestürmt wurden seien. Mit großer Mühe gelang es mir dann auch noch nach Magdeburg zu kommen. Auf dem Bahnsteig traf ich gerade Arbeiter an, die die Transparente abrissen und die Losungen auf den Zügen mit Farbe überstrichen. Vor dem Bahnhof hörte ich schon Geschosse, darum rannte ich über das Bahngelände durch den Editharing im Galopp nach Hause. Zu Hause schwang ich mich dann aufs Rad und fuhr in die Stadt. Ich kam am völlig zerstörten F.D.J.-Haus, SED-Gebäude und Deutsch-Sowjetischen-Freundschaftshaus vorbei. Ich habe so gut es ging die Hauptstraßen vermieden, denn dort fuhr der Russenpanzer, die mit ihrem MG in die Menge hineinschossen. Als ich dann am Polizeipräsidium vorbeifuhr, kam ich in eine regelrechte, aber ungleiche Schlacht. Hier hatte man versucht, die Gefangenen zu befreien, was ihnen aber mißlungen war, da die sowjetischen Panzer vorher da waren. Nur in Neustadt haben sie die politischen Gefangenen befreien können, aber auch die übrigen Gefangenen sind leider mit freigekommen. Dann sind sie in das Gerichtsgebäude eingedrungen, haben sämtliche Akten aus den Fenstern geworfen und angesteckt. Darauf versuchten sie, es waren vor dem Polizeipräsidium etwa 25 000 Mann, das Präsidium zu bestürmen, daraufhin begannen aber die Volkspolizisten aus den Fenstern zu schießen und auch die russischen Panzer, es waren 36, begannen mit in den Kampf einzugreifen. Dicht neben mir wurden zwei Jugendliche durch Kopfschuß getötet. Ich habe zum Glück nur das Pfeifen gehört und habe mich aber dementsprechend schnell zurückgezogen. Beinahe hätte mich noch ein Panzer zermalmt, der es darauf abgesehen hatte, den Menschenhaufen, in dem ich stand, zu zerstreuen. Da wurde es mir doch zu viel und ich zog es lieber vor, nach Hause abzuhausen. Du kannst dir ja vorstellen, was das für Wellen geschlagen hat. Mehrere Wochen ist der Ausnahmezustand für Magdb. gewesen. Kein Kino, Theater oder sonstige Veranstaltungen. Ab 9 Uhr durfte sich keiner mehr auf den Straßen sehen lassen, wenn er sich nicht verhaften lassen wollte. Auch sonst durfte man sich nur zu dreien auf der Straße bewegen. Es war eine blöde Zeit. Dafür habe ich es jetzt in den Ferien um so schöner und holt alles das nach, was ich in dieser Zeit versäumt habe. Am Sonnabend feiern wir Evchens Hochzeit hier in Magdeburg. Sie hat einen Kaufmann in Hamburg gefunden. Unter anderem hat sich auch Fr. H. mit Werni verheiratet. Familie L. hat sich, wie du vielleicht auch schon gehört hast, zum Westen abgesetzt. Unserer Familie geht es sonst leidlich. Es freut mich, daß Du es nun doch geschafft hast, nach Davos gut hinzukommen und Dich gesund zu kurieren. Wie lange mußt Du denn dort bleiben? Was sind denn Deine späteren Pläne? Wenn Du mal Zeit haben solltest, könntest Du dich ja vielleicht mal dazu hergeben, mir einen „Brief“ zu schreiben, der doch bestimmt schneller kommen wird als meiner. Ansonsten sei herzlichst begrüßt von Deinem Freund

Klaus

Mehrheitigung



LANDGERICHT DRESDEN

2. KAMMER FÜR REHABILITIERUNG

BSK (I) 674/92
Az. d. StA Dresden: 106 ARK 227/93

Rechtskräftig
v. 23. April 1993
Landgericht Dresden
Geschäftsstelle des Landgerichts

B E S C H L U S S

In der Rehabilitierungssache

Name: Erich Neubert
geboren: 03.02.1898 in Sagoch
zwischenzeitlich verstorben

- Betroffener -

Dr. Thomas Neubert
Bahnhofstr. 38, W-6720 Speyer

- Antragsteller -

hat die 2. Kammer für Rehabilitierung des Landgerichts
Dresden in der Besetzung durch

Vorsitzenden Richter am Landgericht Prof. Dr. Schmidt
als Vorsitzenden,
Vorsitzender Richter am Landgericht Kindl,
Richterin Kahles
als beisitzende Richter

im Verfahren über den unstreitigen Rehabilitierungsantrag
des Dr. Thomas Neubert nach Anhörung der Staatsanwaltschaft
Dresden am 22.03.1993 einstimmig beschlossen:

1. Das gegen Erich N e u b e r t in dem rechtsstaatswidrigen
Verfahren vor einer Strafkammer des Landgerichts Chemnitz
in Waldheim ergangene Urteil vom 10.07.1950 (Az.:
W/783/50/1783/201) ist

n i c h t i g.

Es wird zur Klarstellung in vollem Umfang aufgehoben.

2. Der Betroffene hat sich vom 18.05.1946 bis 06.10.1952 im
Freiheitsentzug befunden.

Er hat insoweit einen Anspruch auf soziale
Ausgleichsleistungen.

3. Für die von ihm im Strafverfahren vor dem Landgericht
Chemnitz in Waldheim getragenen Verfahrenskosten und
notwendigen Auslagen hat er einen Anspruch auf Erstattung.

4. Die dem Antragsteller Dr. Thomas Neubert im
Rehabilitierungsverfahren entstandenen notwendigen Auslagen
trägt die Staatskasse.

G r ü n d e :

I.

Der Betroffene Erich Neubert wurde am 09.05.1950 durch eine
unter der Bezeichnung "Landgericht Chemnitz" in Waldheim ta-
gende Strafkammer zu sieben Jahren Gefängnis, Sühnmaßnahmen
und verurteilt. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat
ein in Waldheim tagender Senat des Oberlandesgerichts Dres-
den durch Urteil vom 06.07.1950 das Urteil vom 09.05.1950
aufgehoben, um die Sache zur erneuten Verhandlung an die
Vorinstanz zurückgewiesen.

Durch Urteil einer unter der Bezeichnung "Landgericht
Chemnitz" in Waldheim tagende Strafkammer vom 10.07.1950
wurde der Betroffene zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.
Ihm wurde zur Last gelegt, sich als überzeugter Anhänger der
nationalsozialistischen Gewaltherrschaft offen bekannt sowie
wesentlich zur Vergiftung des deutschen Volkes und somit zur
Begründung, Stärkung und Erhaltung der nationalsozialisti-
schen Gewaltherrschaft beigetragen zu haben.

Außerdem wurden gegen ihn weitere Sühnmaßnahmen nach Art.
VIII der Kontrollratsdirektive Nr. 38 einschließlich des
Einzugs seines gesamten Vermögens verhängt. Der Verurteilte
war in dieser Sache am 18.05.1946 festgenommen worden und
befand sich bis zu seiner Übergabe an die Volkspolizei der
ehemaligen DDR im Februar 1950 in Internierungslagern der
sowjetischen Besatzungsmacht in Haft. Obwohl nach Abschn.
II, Art. VIII, Ziff. IIa der Kontrollratsdirektive 38 die

Dokument 9: Rehabilitierung des Vaters vom 22. 3. 1993 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

Anrechnung der vollzogenen Internierung möglich war, erfolgte im Urteil eine Anrechnung der bisher vollzogenen Haft auf die ausgesprochene Zuchthausstrafe nur ab dem Tag der Übergabe an die Behörden der DDR. Dieses Urteil wurde von den staatlichen Organen der ehemaligen DDR als rechtskräftiges Urteil behandelt und entsprechend vollstreckt. Über den vom Verurteilten erlittenen Freiheitsentzug und die dadurch verursachten physischen und psychischen Schäden hinaus (vgl. dazu M. Bechler "Warten auf Antwort" erschienen im Ullstein-Verlag 15. Auflage 1991), entfaltet das Urteil seine Wirkung im Bereich des vollstreckten Vermögenseinzugs bis zum heutigen Tag. Der Betroffene wurde am 06.10.1952 aus der Strafhafentlassung.

II.

Der Antragsteller Dr. Thomas Neubert hat mit Schreiben vom 03.09.1992 Antrag auf Aufhebung des Urteils im Wege der Kassation gestellt. Dieser Antrag ist gem. § 26 Abs. 1 StrRehaG als Antrag auf Rehabilitierung zu behandeln. Die Staatsanwaltschaft Dresden hält den Antrag für zulässig und begründet. Unter Bezugnahme auf den Beschluß des Kammergerichts Berlin vom 15.03.1954 (NJW 54, 1901 f.) hat sie zur Begründung im wesentlichen ausgeführt:

Die Verurteilung beruhe auf der Verletzung elementarster Rechtsprinzipien und von Bestimmungen der Verfassung, des Gerichtsverfassungsgesetzes und der StPO. Die so zustande gekommenen Urteile seien als Entscheidungen von Ausnahmegerichten und wegen nachgewiesener schwerster verfahrensrechtlicher Verstöße absolut und unheilbar nichtig.

Die Staatsanwaltschaft Dresden beantragt die Aufhebung des Urteils.

III.

Dieser Auffassung tritt die Kammer bei. Der Antrag ist zulässig und begründet.

Bei den von April bis Ende Juni 1950 in Waldheim durchgeführten 3 385 Strafverfahren, die mit der Verurteilung von 3 308 angeblichen NS-Verbrechern endeten - ein Freispruch ist nicht erfolgt - (Abschlußbericht der Abteilung Staatlicher Verwaltung beim Parteivorstand der SED über die Kriegsverbrecherprozesse beim Landgericht Chemnitz in Waldheim vom 05.07.1950, NJ 1991, 392 ff.), handelte es sich nicht um gerichtliche Verfahren, sondern um die menschenverachtende Durchsetzung politischer Ziele der damaligen Machthaber unter dem Deckmantel Ordentlichkeit Gerichtsbarkeit. Hintergrund der "Waldheimer Prozesse" war nach der Auflösung der letzten sowjetischen Internierungslager auf dem Gebiet der ehemaligen DDR - Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen - die im Laufe des Februar 1950 erfolgte Übergabe von 3 442 Internierten an das Ministerium des Innern der neugegründeten DDR zur "Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik" (Dr. W. Otto, Die Waldheimer Prozesse, NJ 1991, 355 ff.). Daß die von der sowjetischen Besatzungsmacht gewünschte schnelle Erledigung in ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren nicht möglich war, wurde auch an höchster Stelle der staatlichen Organe nicht verkannt. In einem auf Anforderung des Ministerpräsidenten der DDR in Sachen "Waldheim" ausgearbeiteten Exposé vom 17.08.1950 führte der damalige Stellvertreter des Ministerpräsidenten Otto Nuschke aus: "Es war klar, daß eine Aburteilung in diesen Massen durch deutsche Gerichte in kürzester Zeit ordnungsgemäß nicht durchzuführen war".

Dagegen wurde in den wenigen offiziellen Verlautbarungen innerhalb der DDR zu den "Waldheimer Verfahren" nachdrücklich betont, daß in diesen Verfahren unter Einhaltung geltender strafprozessualer Vorschriften die individuelle Schuld des

einzelnen Angeklagten nachgewiesen worden sei (vgl. Dr. H. Heinze, Kriegsverbrecherprozeß in Waldheim, NJ 1950, 250; Die Haltung der beiden deutschen Staaten zu den Nazi- und Kriegsverbrechen, Dokumentation, Berlin 1965, S. 31; Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR 1949 bis 1961, erschienen 1980 im Staatsverlag der DDR, S. 278 ff.). Soweit dazu ein Autorenkollektiv unter Leitung der späteren Justizministerin Dr. Milde Benjamin ausführt:

"Die Strafkammern führten auf der Grundlage der sorgfältigen Ermittlungsergebnisse eine große Zahl von Verfahren durch. Dabei wurde strikt beachtet, daß es nicht um die Verurteilung des faschistischen Regimes an sich ging - auch wenn sich die Auseinandersetzung mit dem Terrorsystem des Faschismus durch alle Prozesse zog -, sondern um die Verurteilung eines Angeklagten, der einen bestimmten Anteil an den Verbrechen hatte, sei es als Organisator oder Koordinator faschistischen Terrors und faschistischer Mordpraktiken oder als unmittelbarer Täter von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der hierfür die strafrechtliche Verantwortung gemäß seiner individuellen Schuld zu übernehmen hatte. Die Schuld der Täter wurde aus ihrem Tätigwerden in der Zeit des Faschismus, das den Tatbestand eines Kriegsverbrechens oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllte, nachgewiesen".

kann diese Darstellung angesichts der sich aus den zur Verfügung stehenden Quellen ergebenden Fakten nur als bewußte Verdrehung geschichtlicher Tatsachen gewertet werden (Zur Geschichte der Rechtspflege 1949 bis 1961, a. a. O., S. 279).

In Wirklichkeit fehlte den "Gerichtsverhandlungen" in Waldheim jegliches Bemühen um eine gerechte Urteilsfindung auf Grund eines individuellen Schuldnachweises. Die Gerichte selbst trugen den Charakter von Sondergerichten, die außerhalb der Ordentlichen Gerichtsbarkeit tätig wurden. Wie aus einem Brief des damaligen Staatssekretärs im Justizministerium der DDR, Dr. Dr. Helmut Brandt, vom 31.08.1965 (veröffentlicht in einem Sonderdruck des Waldheimer Kame-

ratschaftskreises 1965 "Hinter den Kulissen der Waldheimer Prozesse") hervorgeht, erfuhr Dr. Brandt als Staatssekretär im Justizministerium erstmals am 25.04.1950 vom damaligen Sächsischen Justizminister und Volkskammerpräsidenten Dieckmann von Prozeßvorbereitungen in Waldheim, "für die besonders vertrauenswürdige SED-Richter und SED-Staatsanwälte abgestellt worden wären". Dr. Brandt berichtet in diesem Brief des weiteren von Äußerungen des damaligen Justizministers Max Fechner, wonach "die für Waldheim abgestellten Richter und Staatsanwälte von der Volkspolizei ausgesucht wurden". Außerdem sei zur "Unterstützung der Volkspolizei auf Weisung der Abteilung Justiz im Zentralkomitee der SED die Hauptabteilungsleiterin im Justizministerium, Dr. Hildegard Heinze, abgestellt und mit allen erforderlichen Vollmachten versehen worden". Er selbst, der Justizminister, könne die Dinge nicht beeinflussen und gedenke nicht, "sich daran die Finger zu verbrennen". In Übereinstimmung damit berichtet Fricke (Fricke, Politik und Justiz in der DDR, Verlag Wissenschaft und Politik 1979, S. 206/207), daß die in Waldheim eingesetzten Richter, Staatsanwälte und Protokollanten von Dr. Hildegard Heinze, einer Hauptabteilungsleiterin im ostberliner Ministerium der Justiz, und Paul Mentschel, damals Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung beim Parteivorstand der SED, eigens ausgesucht wurden, indem die damaligen Landesjustizminister den Auftrag erhielten, den Landesleitungen der SED in ihrem Sinne politisch besonders zuverlässige Richter, Staatsanwälte und Protokollanten zu benennen. Nach Überprüfung dieser Vorschläge wurde die endgültige Auswahl in Ost-Berlin getroffen.

Eine amtliche Bestätigung dieser Auswahlkriterien für Richter und Staatsanwälte - nur SED-Mitglieder - ergibt sich schließlich aus dem Beschluß des Sekretariats der SED vom 28.04.1950 "Betr.: Bestimmung des Beraters für die Kriegsverbrecherprozesse in Waldheim", durch den P. Mentschel als Vertreter der Abteilung Staatliche Verwaltung mit der Durchführung der politischen Beratung bei diesen Prozessen beauftragt wurde (Dr. W. Otto a.a.O. S. 356). Bezeichnender-

weise wurden nach Abschluß der erstinstanzlichen Verfahren am 29.06.1950 bereits am 30.06.1950 "alle Richter, Staatsanwälte, Volkspolizisten, Schöffen und das Technische Personal offiziell von ihrer Tätigkeit in Waldheim entbunden" (Abschlußbericht a. a. O. S. 394).

Die in den zwölf Großen und acht Kleinen Strafkammern des "Sondergerichts Waldheim" tätigen Richter und Schöffen standen von Anfang an unter dem massiven Druck der SED; von der in Artikel 127 der damaligen Verfassung der DDR verankerten Unabhängigkeit der Richter konnte keine Rede sein. Richtern und Staatsanwälten wurde bereits vor Beginn ihrer Tätigkeit unmißverständlich klargemacht, welche Entscheidungen von ihnen zu treffen waren. Sie hatten davon auszugehen, daß "die Angeklagten Verbrecher seien". Dies sei von den Untersuchungsorganen der Besatzungsmacht bereits festgestellt worden, und davon sei auszugehen. Deshalb mußten auch die Feststellungen der Untersuchungsorgane der Besatzungsmacht nicht nur zur Grundlage der Hauptverhandlung, sondern zur Grundlage der Verurteilung gemacht werden. Zeugen und Sachverständige seien ebenso überflüssig wie Verteidiger, und alle Verteidigungsvorbringen der Angeklagten seien von Anfang an widerlegt durch die Feststellungen der Untersuchungsorgane der Besatzungsmacht. (Angaben eines Beteiligten, zitiert bei Fricke a.a.O. S. 207). Die Einhaltung dieser politischen Vorgaben wurde in Waldheim durch eine spezielle Kommission überwacht, der neben dem Vertreter der Abteilung Staatliche Verwaltung beim Parteivorstand, P. Hentschel, und der Hauptabteilungsleiterin im Justizministerium, Dr. H. Heinze, zwei Mitglieder der Leitung des Untersuchungsorgans der Volkspolizei und zwei weitere Vertreter der Justiz angehörten (Dr. W. Otto a.a.O. S. 357 m. Quellennachweisen). Aus dem von P. Hentschel unterzeichneten Abschlußbericht geht zweifelsfrei hervor, daß es bei diesen Verfahren nicht darum ging, in einem gesetzmäßigen Verfahren durch eine der Strafprozeßordnung entsprechende Beweisaufnahme aufzuklären, ob und in welcher Weise sich die Angeklagten einer strafbären Handlung schuldig gemacht hatten. Die Strafkammern fällten

vielmehr ihre Urteile nach den politischen Vorgaben der SED, und jedes Abweichen von der vorgegebenen Parteilinie hatte das Einschreiten der Kontrollorgane zur Folge. So führte der Parteibeauftragte Hentschel u. a. aus: "Die Strafkammern haben bei Beginn ihrer Tätigkeit zunächst vermissen lassen, daß ihnen der politische Charakter dieser Aufgabe restlos klar war. Durch die erfolgten politischen Beratungen und die regelmäßig und systematisch durchgeführten Arbeitsbesprechungen wurde die allgemeine grundsätzliche politische Linie von allen Kammern bewahrt, wobei selbstverständlich einige Richter und Staatsanwälte sowie Schöffen auf Grund ihrer ungenügenden ideologischen Klarheit Schwankungen zeigten. Waren anfänglich fast ausnahmslos kleinbürgerliche Hemmungen bei Richtern, Staatsanwälten und Schöffen feststellbar, so zeigte sich im Verlauf der Zeit, daß die Genossen mit ihrer Aufgabe ständig gewachsen sind" (Abschlußbericht a. a. O. S. 393). Die massive Einflußnahme der Partei auf die Urteilsfindung wird insbesondere deutlich, wenn es im Abschlußbericht heißt: "Die in der ersten Zeit von einigen Kammern besonders stark in Erscheinung getretene politische Schwäche zeigte sich besonders immer dann, wenn eine Verurteilung aus politischen Gründen erfolgen mußte und die für die formale juristische Urteilsfindung erforderliche lückenlose Beweisführung fehlte. Mit einigen Genossen Richtern und Staatsanwälten mußte ernsthaft politisch diskutiert werden, da es nicht selten vorkam, daß Zweifel an der Richtigkeit der Auszüge der sowjetischen Protokolle erhoben wurden. Auch das ist im Verlauf der Zeit zusehends besser geworden". Der Druck auf die Richter, die zusätzlich unter Beachtung kaderpolitischer Prinzipien von einer Kommission in ihrer Tätigkeit beurteilt wurden, war insgesamt so erfolgreich, daß der Parteibeauftragte Hentschel zusammenfassend feststellen konnte: "Das Ergebnis der Tätigkeit in Waldheim zeigt, daß unsere staatlichen Organe befähigt sind, auch auf diesem Gebiet die Grundlinie der Politik unserer Partei durchzusetzen". (Abschlußbericht a.a.O. S. 394).

Aus dem unbedingten Willen der Parteiführung der SED, durch die schnelle Verurteilung der übergebenen Internierten zu drakonischen Strafen der "großherzigen Regierung der Sowjetunion" einen Beweis für die "Stärke und Festigkeit der demokratischen Kräfte, von denen die Deutsche Demokratische Republik getragen wird" zu liefern (Dr. Heinze NJ 1950, 250), um damit die eigene, damals noch nicht unumstrittene Machtposition zu festigen, ergab sich zwangsläufig, daß die strafprozessualen Vorschriften, die ein faires, der Wahrheitsfindung dienendes Verfahren gewährleisten sollen, keine oder nur insoweit Beachtung fanden, als dies zur Aufrechterhaltung der für die Öffentlichkeit errichteten Fassade gesetzmäßiger Strafverfahren erforderlich war.

Dementsprechend fanden die Hauptverhandlungen in Schnellverfahren hinter verschlossenen Türen statt. Die in Artikel 133 der Verfassung der DDR von 1949 garantierte Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen war in der Regel ausgeschlossen (Exposé O. Nuschke vom 17.08.1950; Fricke a.a.O. S. 208 mit weiteren Quellennachweisen) und geriet in den wenigen vom 20. bis 29.06.1950 im Rathaus in Waldheim veranstalteten Schauprozessen zur Farce, über die Dr. H. Heinze in der "Neuen Justiz" von 1950 berichtete: "Dort hatte ein größerer, täglich wechselnder Zuhörerkreis Gelegenheit, aus dem Munde der Zeugen, aber auch der Angeklagten selbst, zu hören, aus welcher Kette von unmenschlichen Verbrechen das gesamte Naziregime bestanden hat" (NJ 1950, 250). Tatsächlich bestand diese Pseudo-Öffentlichkeit aus vom FDGB ausgewählten Betriebsdelegationen, "deren Verhalten keine Beanstandungen zuließen" (Abschlußbericht a.a.O. S. 393). Verteidiger waren nicht zugelassen. Soweit es in wenigen Fällen der Form halber für opportun erachtet wurde, traten abkommandierte Staatsanwälte als Officialverteidiger auf (Dr. Brandt a. a. O. S. 7). Eine Beweisaufnahme fand praktisch nicht statt. Gab ein Häftling zu seiner Entlastung Zeugen oder sonstige Beweismittel an, wurde diese Beweiserhebung rundweg abgelehnt. Überhaupt wurde alles, was den Häftling hätte entlasten können, unbeachtet gelassen. Die Verhandlungen

dauerten in der Regel 20 bis 30 Minuten. Dann folgte eine kurze Beratung, an die sich die Urteilsverkündung anschloß (Angaben einer Protokollantin, zitiert bei Fricke a.a.O. S. 208).

Materiell-rechtliche Grundlage der Urteile bildeten das Kontrollratsgesetz Nr. 10 und die Kontrollratsdirektive Nr. 38. Aus den der Kammer bisher vorliegenden ca. 400 Fällen ist zu entnehmen, daß den Verurteilten nur selten spezielle Straftaten vorgeworfen wurden. Sie wurden meist wegen ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen, als Offiziere, Juristen, Polizeibeamte, NSDAP-Angehörige in gehobener Position, als Lehrer, leitende Angestellte aus Industrie und Wirtschaft oder Journalisten, also als Kollektivschuldige verurteilt (so auch Fricke a.a.O. S. 212).

Schließlich wird die politische Steuerung der Verfahren durch die verhängten drakonischen Strafen belegt, die wie bereits im Exposé von O. Nuschke vom 17.08.1950 ausgeführt wurde "einen uniformen Eindruck erwecken" und in keinem Verhältnis zu gleichgelagerten Fällen stehen, die in den Jahren zuvor vor deutschen Gerichten auf dem Gebiet der späteren DDR zur Aburteilung gelangten. Spätestens nach Inkrafttreten des Befehls Nr. 201 der SMAD lag die Strafverfolgung wegen Straftaten nach Kontrollratsgesetz Nr. 10 und Kontrollratsdirektive Nr. 38 in aller Regel bei den deutschen Strafverfolgungsorganen (zur Geschichte der Rechtspflege in der DDR 1945 - 1949, S. 225/226), so daß die vorliegenden Zahlen über die Verurteilungen wegen NS-Verbrechen in den Jahren 1948 und 1949 einen Vergleich mit den Waldheimer Urteilen erlauben. Bei einem Vergleich der in Waldheim verhängten Strafen (Abschlußbericht a. a. O. S. 393) mit den entsprechenden Zahlen für die Jahre 1948 und 1949 aus der Gesamtstatistik der DDR (veröffentlicht in "Die Haltung der beiden deutschen Staaten zu den Nazi- und Kriegsverbrechen", Dokumentation 1965, S. 32) ergibt sich folgendes eindrucksvolle Bild:

die

	in Waldheim bis 29.06.1950 verhängte Strafen		durch deutschen Gerichte auf dem Gebiet der späteren DDR verhängte Strafen 1948 und 1949	
	absolut	in %	absolut	in %
Verurteilungen insgesamt	3508	100,00	7182	100,00
unter 3 Jahren				
Waldheim unter 5 Jahren	14	0,42	5894	82,07
von 5 bis 10 Jahren				
Waldheim von 5 - 10 Jahren	371	11,22	1110	15,46
über 10 Jahre				
Lebenslänglich	2745	82,98	132	1,84
Todesstrafe	146	4,41	33	0,46
	52	0,97	25	0,32

Ausweislich des Abschlußberichts Kentschel waren nach dem 30.06.1950 noch ein Senat des Oberlandesgerichts und eine Kammer in Waldheim tätig, um innerhalb von zwei Wochen die anliegenden Revisionen zu erledigen. Abgesehen von der im Abschlußbericht erwähnten Umwandlung von Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe in 6 Fällen ist dem Senat bisher kein Fall bekanntgeworden, in dem in der Revisionsinstanz eine Entscheidung zugunsten eines Angeklagten ergangen ist.

Zusammenfassend ist danach festzustellen, daß die in Waldheim durchgeführten Verfahren nicht ernsthaft um die erschöpfende Klärung der Schuldfrage beim einzelnen Angeklagten bemüht waren, sondern von der als Hüterin des Antifaschismus auftretenden SED als Instrument zur Stärkung der Machtposition der Partei innerhalb des noch ungefestigten neuen Staatengebildes DDR mißbraucht wurden. Die lediglich unter dem Deckmantel einer ordentlichen Strafgerichtsbarkeit von weisungsabhängigen Richtern gefällten Urteile sind als

politische Willkürakte lediglich Scheinurteile und damit absolut und unheilbar nichtig (BGHSt 2, 175 f; KG NJW 54, 1901 f; Loewe/Rosenberg StPO, 24. Aufl., Einleitung Kap. 16 Rdnr. 1, Fußn. 1).

Die Feststellung der Nichtigkeit dieser Urteile im Rehabilitierungsverfahren ist möglich und zulässig. Dabei bedarf es eines näheren Eingehens auf die in der Vergangenheit in der Rechtslehre strittigen Fragen über die Zulässigkeit der Geltendmachung der Nichtigkeit in Rechtsmittelverfahren nicht. Der Gesetzgeber hat durch das in Artikel I des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes vom 29.10.1992 enthaltene Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz, wie schon durch die frühere Übernahme der Vorschriften betreffen das Kassationsverfahren aus dem Strafprozeßrecht der ehemaligen DDR in das nach der Vereinigung beider deutscher Staaten fortgeltende Recht, für eine gewisse Zeit den Weg einer förmlichen gerichtlichen Nachprüfung von rechtskräftigen Urteilen der Strafgerichte der ehemaligen DDR zur Verfügung gestellt, um durch schwerwiegende Gesetzesverletzungen verursachtes Unrecht nachträglich korrigieren und beseitigen zu können. Für die Entscheidungen des Landgerichts Chemnitz, Außenstelle Waldheim, aus dem Jahre 1950 ist diese Möglichkeit in § 1 Abs. 2 StrRehaG ausdrücklich eröffnet worden. Kommt ein Gericht im Rahmen einer derartigen Urteilsüberprüfung zu der Feststellung, daß mangels der zum unabdingbaren Wesen eines Richterspruchs gehörenden Voraussetzungen nur die äußere Hülle eines Urteils vorliegt, bleibt nur die Möglichkeit, dieses Ergebnis und damit die Nichtigkeit des überprüften Urteils auszusprechen.

Die Nichtigkeit des Urteils hat zwar zur Folge, daß die Entscheidung von Anfang an keine Gültigkeit hatte, eine wirksame Verurteilung somit nie vorlag und deshalb auch eine rechtlich wirksame Aufhebung des Urteils nicht möglich ist. Trotzdem hat es das Rehabilitierungsgericht im Hinblick auf

die in den letzten 40 Jahren von den Urteilen tatsächlich entfalteten Wirkungen für zweckmäßig und notwendig erachtet, zur Klarstellung für die Betroffenen die Aufhebung des Urteils ausdrücklich auszusprechen.

Zudem ist Artikel 18 Abs. 1 des Einigungsvertrages in seinem Wortlaut so gefaßt, daß diese Bestimmung so verstanden werden kann, daß alle Entscheidungen der Gerichte der ehemaligen DDR, die vor dem Wirksamwerden des Beitritts der DDR ergangen sind, bis zu ihrer förmlichen Aufhebung als rechtswirksam zu behandeln sind. Auch § 1 Abs. 7 des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen gewährt einen Anspruch auf Rückgabe von Vermögenswerten, die auf Grund von rechtsstaatswidrigen Strafurteilen entzogen worden sind, nur dann, wenn diese rechtsstaatswidrigen Strafurteile aufgehoben worden sind.

Somit war, auch um künftige Mißverständnisse und damit weitere Auswirkungen der Waldheimer Scheinurteile auszuschließen, die deklaratorische Aufhebung der Entscheidung geboten.

Feststellungen zur persönlichen Schuld oder Unschuld der Betroffenen im Einzelfall sind dem Gericht im Rehabilitierungsverfahren schon allein im Hinblick darauf, daß gegen die Betroffenen ein ordnungsgemäßes Strafverfahren nicht stattgefunden hat, verwehrt. Für jeden der Betroffenen gilt wie für jeden Bürger die Vermutung der Unschuld, die im Einzelfall zu widerlegen wäre.

Gem. § 12 Abs. 2 Nr. 3 StrRehaG war die Dauer der zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung festzustellen und den Betroffenen hierfür soziale Ausgleichsleistungen gem. § 16 ff StrRehaG im vorliegenden Fall dem Grunde nach zuzusprechen. Nach Auffassung des Rehabilitierungsgerichts bestehen diese Ansprüche auch für die Zeit der Inhaftierung in sowjetischen Internierungslagern. Die Behörden der ehemaligen DDR haben die von der sowjetischen Besatzungsmacht eingeleiteten Verfahren übernommen und in eigener Verantwortung fortgesetzt

und abgeschlossen. Die von der sowjetischen Besatzungsmacht erstellten Protokolle wurden als Ergebnis des Ermittlungsverfahrens übernommen und der Anklage sowie der Verurteilung zugrundegelegt.

Die Möglichkeit der Anrechnung der Internierungszeit auf die verhängten Zuchthausstrafen war in den für die Verfahren geschaffenen Verfahrensregelungen ausdrücklich vorgesehen. Somit kann die Zeit von der ersten Festnahme in dieser Sache bis zur Entlassung nur als ein einheitliches Verfahren angesehen werden, das den schließlich eine Verurteilung aussprechenden Organen der DDR auch insgesamt zuzurechnen ist.

Ferner war festzustellen, daß der Betroffene einen Anspruch auf Erstattung von ihm im Strafverfahren gezahlter Verfahrenskosten und notwendigen Auslagen hat (§§ 6 Abs. 1, 12 Abs. 2 Nr. 4 StrRehaG).

Die Entscheidung über die Auslagen des Betroffenen/Antragstellers im Rehabilitierungsverfahren folgt aus § 14 Abs. 2 StrRehaG.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist ein Rechtsmittel nicht gegeben, da dem Rehabilitierungsantrag stattgegeben worden ist und kein Verfahrensbeteiligter dem Antrag widersprochen hat (§ 13 Abs. 2 Nr. 1 StrRehaG).

Für die Geltendmachung der sozialen Ausgleichsleistungen nach §§ 16 ff. StrRehaG gilt folgendes:

- a) Anträge auf soziale Ausgleichsleistungen in Form von Kapitalentschädigung (§ 17 StrRehaG) und auf Erstattung von Verfahrenskosten und notwendigen Auslagen im früheren Strafverfahren (§ 6 StrRehaG) sind zu richten an:

Generalstaatsanwaltschaft Dresden,
Entschädigungsstelle Radebeul,
Bernhardt-Voß-Str. 25-27,
O-8122 Radebeul

Ansprüche aus § 6 StrRehaG sind übertragbar und vererblich. Ansprüche aus § 17 StrRehaG auf Ausgleichsleistungen in Form von Kapitalentschädigung sind nur übertragbar und vererblich, wenn der Betroffene nach Antragstellung, frühestens jedoch am 18.09.1990 verstorben ist (§ 17 Abs. 3 StrRehaG).

- b) Anträge auf soziale Ausgleichsleistungen in Form von Unterstützungsleistungen für Berechtigte, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind (§ 18 StrRehaG) sind zu richten an die:

Stiftung für ehemalige politische Häftlinge,
Marienfelder Allee 66 - 80,
W-1000 Berlin 48

Nach dem Tod des Berechtigten haben sein Ehegatte, seine Kinder und seine Eltern einen Anspruch auf Unterstützungsleistungen soweit sie durch die Freiheitsentziehung nicht unerheblich unmittelbar betroffen waren (§ 18 Abs. 3 StrRehaG).

- c) Anträge auf die Gewährung einer Beschädigtenversorgung für Betroffene, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben (§ 21 StrRehaG), sind zu richten an die:

Versorgungsämter der Stadt- und Landkreise

- d) Ansprüche auf Rückerstattung und Rückgabe von Vermögenswerten, die im Zusammenhang mit dem früheren Strafverfahren entzogen worden sind, sind zu richten an die:

- 16 -

Landsratsämter oder, wenn es sich um einen Stadtkreis handelt, Stadtverwaltungen, in deren Bereich die Vermögenswerte liegen.

Handwritten signatures and initials:
A large stylized signature on the left, and the words "kein" and "hier" written in cursive on the right.

78464 2260 Konstanz, den 4. 12. 93

[REDACTED]

Hab Dank für Deine Notiz vom 20. 11. 93 mit der Mitteilung, daß Du zum geplanten Klassentreffen kommen willst.

Thomas Neubert hat ebenfalls seine Teilnahme angekündigt. Von daher scheint es mir wenigstens, nach Möglichkeit schon im Umfeld dieses Treffens ein Problem anzusprechen, das möglicherweise dieses Zusammensein belasten könnte.

Da weißt, daß Thomas ca. ein Jahr inhaftiert war und in einem Prozeß verurteilt wurde, daß er sich während der Haft in Tötungsversuchen betätigt hat und sich danach einer langwierigen Kollateralschaden unterziehen mußte. Wenn ich es nicht einmende, wurde er auf Grund des benannten Paragraphen der "Zugfahrlösung" verurteilt, weil er der sozialistisch-politische Wertschrift "Gerechtigkeit" aus

Abteilung mitgebracht hatte, die dann auch in der Klasse kursierte. Dies wurde durch eine Aussage des Betreffenden bestätigt. Auf Grund der Geschäftsunterlagen, in denen sein Name als Kopf der Abteilung genannt wurde und auch auf Grund der Tatsache, daß der man Prozeß zunächst als Kopf geführt wurde, dann aber doch nicht öffentlich angenommen wurde, gingen wir davon aus, daß der Aussage auf sich beruhe. Dies passte ja auch gut zu seiner damaligen politischen Einstellung, die durch die Funktion als FDJ-Sekretär und Mitglied des Komitees der SED dokumentiert war.

Bei allen heutigen Diskussionen um die Bewältigung der DDR-Vergangenheit geht es ja auch immer um die Frage, ob durch Inhaftierung bei der Glaskugel oder sonstige regimentsrechtliche Aktivitäten jemand geschadet wurde. Auch die Begriffe Botschaft und Vergehen sind wesentliche Bestandteile dieser Diskussion.

Wir sind ja alle damals sehr jung gewesen. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Klasse wollte von der Regierung nichts wissen, darin waren wir

aus mir. Aber in der Gegenwart von 4 Vertikalen
der Klasse, zu denen Sie gehören, hielt man sich besser
mit politischen Bemerkungen zurück. Das kann auch sein
kein Problem sein, alle politischen Überzeugungen muß man,
auch wenn sie nicht die eigenen sind, respektieren. Man
gibt an, daß, wie bei Thomas Neupert, durch eine
(auch Missverständnisse-) Aussage in solchen Momenten, auch
wenn dies wahrscheinlich nicht so beabsichtigt war, ergibt
sich eine andere Gestaltung.

Wenn es denn so gewesen sein sollte, so steht das
Begriffen (siehe auch bei Thomas Neupert) damit. Damit
es wissen werden kann, wie sehr ein blühendes Wort
von der Hilfe ist.

Da ich mich nun an der Spitze von der Insel-
kommen ausser Toffen bewahrt habe und inzwischen
fast nur Zustimmungen eingehoben sind, wollte ich
noch möglichst auch einen Beitrag leisten, daß es
auch harmonisch verlaufen kann. Dies war das Motiv
meiner Zehn.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Roth

Lieber Edward,

Deine Ausführungen in Deinem Brief
vom 4.12.93 haben mich doch sehr
begeistert, da ich mir kleiner
Schuld bewußt bin und mich auch
nicht erinnern kann, daß Thomas Neupert
ca. ein Jahr lang inhaftiert war.

Ich erinnere mich nur, daß ich Thomas
etwa 1958/59 auf dem Gelände des
Müllmüllens im Mainz getroffen und
geprochen habe. Dabei machte er mir
gegensätzliche Andeutungen über seine Inhaf-
tierung. Bis zu diesem Zeitpunkt wußte
ich nichts über frühere Vorgänge im Mainzer
Lager. Ich glaube doch wohl selbst nicht,
daß ich die damalige DDR im Mai 1958

schonen hätte, um nach Westdeutschland
zu gehen, wenn ich einen Klassenkameraden
'verpfeifen' hätte.

Für die Verhältnisse kann man sich nicht
schlecht haben und ich habe auch
keine Beweise dagegen.

Ich kann für mich nur sagen, dass ich
in dieser Angelegenheit ein 'reines Gewissen'
habe.

[Redacted]

[Redacted] 02.02.94

Lieber Eberhard,

Hiermit sage ich meine Teilnahme
am Klassentreffen am 4./5. Juni 94
in Maybach zu.

Ich habe vor, bereits am Abend des
3. Juni bei dem informellen Treffen an-
wesend zu sein.

Meine Frau wird sich werden privat in
Maybach aufhalten.

An den gemeinsamen Treffen (Kunden,
Dunkelkuppel und Stadtkreisfahrt)
werde ich mit 2 Personen teilnehmen.

Viele Grüße

[Redacted]

PROF. DR. MED. EBERHARD ROTH

78464 KONSTANZ, 16.2.1994
RUFFNERSTRASSE 17
TELEFON (07531) 33132

Herrn
[REDACTED]
[REDACTED]

PERSÖNLICH - PRIVAT!

[REDACTED]
leider kann ich Dir nicht ersparen, nochmal einen Brief von mir in Sachen Thomas Neubert zu erhalten.

Ich hatte ja eine Vielzahl von möglichen Antworten auf meinen Brief vom 4.12.93 erwartet, jedoch nicht die, die dann eintraf. Du kannst Dich nicht erinnern, daß Thomas ca. 1 Jahr lang inhaftiert war, bei einer Begegnung 1958/59 hat er Dir gegenüber "Andeutungen" über eine Inhaftierung gemacht, bis zu diesem Zeitpunkt wußtest Du nichts über frühere Vorgänge in Magdeburg.

Wir sind beide Ärzte. Meines Erachtens gibt es nur 3 Differentialdiagnosen für diese Aussagen: 1. Vollständige Verdrängung, 2. beklagenswerter Gedächtnisschwund oder 3. bewußte Lüge.

Ich will Dir nochmal ein paar Fakten ins Gedächtnis zurückerufen: Thomas Neubert, der in unserer Klasse war, wurde im August 1951 verhaftet. Im Mai 1952 wurde er in einem öffentlichen Gerichtsverfahren zu 18 Monaten Haft verurteilt. Aus gesundheitlichen Gründen ist er im Anschluß an den Prozeß aus der Haft entlassen worden. Die in der Haft erworbene Lungentuberculose zog eine 3-jährige Heilstättenbehandlung nach sich. In unserer Klasse ist er nie mehr aufgetaucht. Dies war eine einschneidende Erfahrung in unserem Leben, wir waren damals 16 oder 17 Jahre alt. Du hingegen kannst Dich nicht erinnern?

Dies ist umso erstaunlicher, da Du ja, drücken wir uns vorsichtig aus, in die Angelegenheit involviert warst. Du wurdest während der Untersuchungen vernommen, Du bist in den Gerichtsakten erwähnt, Du warst zunächst als Zeuge zum Verfahren geladen, so wie Brigitte Ziegler, Eberhard Jüngel und Lutz Werlitz, wurdest dann aber, im Gegensatz zu diesen, nicht vernommen. Wir vermuteten, um Dich als Kandidat der SED und FDJ-Sekretär nicht öffentlich zu belasten. Du kannst Dich nicht erinnern?

Wer so wenig Erinnerungsvermögen an die gemeinsame Schulzeit hat, sollte sich nochmal Überlegen, ob er wirklich an einem Erinnerungstreffen teilnehmen sollte. Unliebsame Begegnungen kann man dabei nicht sicher ausschließen.

Ziel meines Briefes vom 4.12.93 war es ja gerade, solchen unliebsamen Begegnungen vorzubeugen. Auch sonst glaube ich, mich in meinem Brief ums Brückenbauen bemüht zu haben. Du hast die Brücken leider nicht betreten.

Ich schicke diesen Brief an Deine Praxisadresse mit dem Vermerk Persönlich - Privat, weil ich ausschließen möchte, daß eine mögliche Antwort von familiärer Rücksichtnahme (die ich gewahrt wissen möchte) geprägt sein könnte.

Natürlich steht es Dir nach wie vor frei, zu dem Treffen nach Magdeburg zu kommen. Ich habe weder die Kompetenz noch die Absicht, dies zu verhindern. Ich konnte nur Deinen Brief nicht unbeantwortet lassen und wollte nochmal zum Nachdenken anregen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr fragt, was ich wohl denke,
wohin ich lenke meine Sinn?
Daß Gott mein künft'g Schritte lenke
wie bisher in die Zukunft hin.

Ihr wißt, es wurd' mein Schaden,
mein Körper wurde krankgemacht.
Mein Seel' jedoch konnt baden
die Kraft, die in die Zukunft lacht.

Ihr seht, auch höchste Mauern,
mit Machtbedürfnis aufgebaut,
sie niemals Überdauern
den, der auf Frieden, Freiheit traut.

Ihr denkt, vergessen dürfen
wir nicht, was früher ist geschehn,
daß Met für immer schlürfen
die's wirkten, ließen es geschehn.

Ihr lernt, es wird nichts nützen
ein Freund der Rache ewig sein.
Der Schlamm dort in den Pfützen
wird niemals wirklich richtig rein.

Ihr ahnt, das soll nicht heißen,
daß Recht dem Unrecht unterliegt.
Dem Recht den Weg zu weisen
sollt helfen, daß es siegt.

Ihr helft, die Welt erhalten,
die lebt durch Gutes trotzdem tun,
dann kann nicht Unrecht sich entfalten,
kann Hoffnung wieder in sich ruhn.

Ihr glaubt, so will ich hoffen
an Gott, den treuen Herrn,
der nur dem Guten offen,
des Wirken sei Euch niemals fern.

Drum leb' der Zukunft ich entgegen,
und sei in Grenzen sie gefaßt.
Ich glaub', die Welt sei zu bewegen,
wenn nicht mehr weiter wird gehaßt.

Dokument 14: Gedicht, vorgetragen beim ersten gesamtdeutschen Klassentreffen 1994 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

Landgericht Magdeburg

Lesesabschrift

2. Kammer für Rehabilitierungsverfahren

Aktenzeichen: Reh. 935/91

StA 12 AR (Reha) 87/94

Beschluß

In dem Rehabilitierungsverfahren

des Dr. med. Thomas **Neubert**,
geboren am 11. Mai 1934 in Magdeburg,
wohnhaft: Im Lammesbauch 1, 67346 Speyer,

-Betroffener und Antragsteller-

hat die 2. Kammer für Rehabilitierungsverfahren des Landgerichts Magdeburg entsprechend den Anträgen des Betroffenen und der Staatsanwaltschaft am 16. März 1994 beschlossen:

Das Urteil des Landgerichts Magdeburg vom 06. Mai 1952 (5109/51; I KLa 100/52-8) wird wegen des Vorwurfs "Verbreitung tendenziöser Gerüchte im Sinne der Kontrollratsdirektive 38, Abschnitt II, Artikel III A III" und der Verurteilung zu 1 Jahr Gefängnis und zu "Sühnemaßnahmen" in Sinne der KD 38 für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben.

Die Dauer der zu Unrecht erlittenen Freiheitsstrafe wird auf die Zeit vom 13.08.1951 bis 06.05.1952 festgestellt.

Der Betroffene hat dem Grunde nach Anspruch auf Erstattung der Kosten und notwendigen Auslagen des im Tenor benannten Urteils.

Dokument 15: Rehabilitierung vom 16. 3. 1994 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

- 2 -

Diese Ansprüche sind bei dem

Amt für Versorgung und Soziales
Max-Otten-Straße 3
39104 Magdeburg

geltend zu machen.

Die Entscheidung ergeht gerichtsgebührenfrei, die Landeskasse trägt die notwendigen Auslagen des Antragstellers.

Viereck	Loeven	Ottenmann
Vorsitzender Richter	Richter am	Richter am
am Landgericht	Landgericht	Landgericht

Staatsanwaltschaft Magdeburg 39112 Magdeburg, 04.01.1995
- 103 Reha 2563/94 - Halberstädter Str. 10
Postfach: 4008
39015 Magdeburg
Tel.: (0391) 6097-226
Telefax: 606 - 4535
606 - 4731

Herrn
Dr. Thomas Neubert
Bahnhofstraße 38
67346 Speyer

Sehr geehrter Herr Dr. Neubert,

ich komme zurück auf Ihr Gesuch vom 05.09.1994 und übersende Ihnen anliegend eine Abschrift der angegriffenen Entscheidung, 55 10 Abs. 3, 14 Abs. 1 StrRehag. Weitere Unterlagen zu dieser Sache wurden in den Archiven nicht gefunden.

Mit freundlichen Grüßen

Wiesemann
Staatsanwalt
Im Auftrag

Wiesemann
Justizangestellte

Dokument 16: Schreiben der Staatsanwaltschaft nach dem Gesuch um Einsicht in die MfS-Akten vom 4. 1. 1995 (Privat-Archiv Dr. Thomas Neubert)

Dr. med. Thomas Neubert
Arzt für Allgemeinmedizin

Speyer, den 18.12.99
Bahnhofstr. 38

An die
Volksbank Magdeburg
Postfach 4209
39017 M a g d e b u r g

Mit Interesse las ich - leider verspätet - in der Ausgabe vom 19.11.99 der Volksstimme, daß Sie nun nach langen Planungen im Gebäudekomplex Danzstr. 1 ein neues Dienstleistungszentrum eröffnet haben. Natürlich gratuliere ich Ihnen dazu, noch mehr Kundenfreundlichkeit in die Tat umgesetzt zu haben.

Vielleicht interessiert es Sie doch aber, daß ich in diesem Gebäude im August - September 1951 vom Staatssicherheitsdienst als damals 17-Jähriger 5 Wochen festgehalten wurde. Mit anderen mir unbekannten Menschen wurden wir unter widrigen Umständen in kleinen Zellen im Keller untergebracht, abgeschnitten durch vermauerte Kellerfenster von jeglichem Kontakt zur Außenwelt. Die Verhöre fanden in dem Raum über dem Eingang statt. Die vorübergehende Haft endete dann in einer neunmonatigen Haft im Magdeburger Justizpalast.

Vielleicht stände es einer kunden- und zeitorientierten Bank nicht schlecht an, mit einer kleinen Tafel im Eingangsbereich auf diese vorübergehende Nutzung des Hauses hinzuweisen. Natürlich bin ich - als Kunde der Speyerer Volksbank - froh, daß dieses Haus nun eine würdigere Verwendung gefunden hat und bin mit freundlichen Grüßen


(Dr. Neubert)

Der Abdruck des Artikels aus der Zeitung „Neue Zeit“ erfolgte mit freundlicher Genehmigung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Impressum

Dr. Thomas Neubert:

Von der Schulbank ins Gefängnis.

Vergeblicher Versuch einer Kriminalisierung der Jungen Gemeinde 1951

(Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 17)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Juni 2003

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH